Breslauer  Zeitung

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 260. Mittwoch den 7. November 1849.

Oesterreichs und Preußens Constitutionalismus im Verhältniß zu Deutschland.

Die neue Central-Kommission für die Leitung der deutschen Angelegenheiten wird jedenfalls noch im Laufe dieses Monats in Frankfurt zusammentreten, und damit ist das diplomatische Gewicht für die deutsche Sache mit neuer Schwerkraft ausgehängt, während Preußen gleichzeitig durch die Ausschreibung der Wahlen zu einem deutschen Volkshause das nationale Gegengewicht zu befestigen strebt. Mit dieser nationalen Politik Preußens steht und fällt jetzt auch die ganze Fortentwickelung des preußischen Staats! Die deutsche Frage ist eine Krisis auch für die innere Lage Preußens, und sie dürfte die einzige Kabinetsfrage sein, an welche das Ministerium Brandenburg seine Existenz zu knüpfen gesonnen wäre. Von der nationalen Politik Preußens in Deutschland hängt auch die aufrichtige konstitutionelle Fortbildung unseres Staats ab, und mit der Preisgebung des deutschen nationalen Elements an die diplomatische Kabinetspolitik würde auch die Rückkehr zum Absolutismus oder zu einer Decimirung der Verfassungs-Paragraphen im Sinne einer gewissen Partei entschieden sein!

Mit einer bedeutsamen Spannung folgt man daher überall den ersten thatsächlichen Schritten Preußens, den Reichs-Entwurf vom 28. Mai durch die Wahlen zur Ausführung zu bringen. Alle Parteinüancen werden sich in diesen Wahlen vereinigen, und dadurch eine kräftigere und lebensvollere Wiedergeburt der politischen Parteien in Preußen und Deutschland begründen! In den Parteilagern der Demokratie ist zwar auch neuerdings wieder beschlossen worden, sich abermals der Wahlen zu enthalten, und auf das Minimum der nationalen Rechte und Bürgschaften, welche in der Verfassung vom 28. Mai gegeben werden, nicht einzugehen. Aber durch die Ausführung dieses aus dem nüchternsten Rechts-Formalismus entspringenden Vorsatzes würde sich die demokratische Partei diesmal vollkommen gesprengt sehen, und sie würde dann mit ihren wirksam bleibenden Elementen in die neue Parteigliederung überfließen, welche auf dem Erfurter Reichstage zu erwarten steht, und die zur Erfrischung und wahrhaften Reorganisation unserer politischen und nationalen Bewegung eine Nothwendigkeit geworden ist. Was die Regierung anbetrifft, so würde sie diesmal wahrscheinlich keinen so großen Werth auf die Wahlen der demokratischen Partei legen, als sie dies im letzten Frühjahr hinsichtlich der zweiten preußischen Kammer an den Tag zu geben schien. Wenn man sich nur überhaupt auf die Erklärung verlassen könnte, daß die Demokratie für den engeren National-Verband nach der Verfassung vom 28. Mai nicht mitwirken wolle, so würde die Regierung diese Erklärung gewiß mit Erfolg benutzen können, um sich gewisse diplomatische Angelegenheiten damit vom Halse zu halten. Denn die vor der Hand noch freundschaftlichen und vertraulichen Abmahnungen Oesterreichs an Preußen, die Erfurter Versammlung ins Leben treten zu lassen, stützen sich vornehmlich auf die von Oesterreich vorausgesetzte starke Betheiligung der Demokratie an dieser Versammlung, welche letztere überhaupt dem österreichischen Kabinet für gleichbedeutend mit einer neuen Entfesselung des revolutionären Elements in Deutschland zu gelten scheint!

Wenn das konstitutionelle Preußen auf eine nationale Politik angewiesen ist, und nur durch sie eine reine und starke Herausbildung seiner inneren Staatselemente und seiner eigenen Freiheit finden kann, so hat dagegen Oesterreich in seinen neuen Absichten auf Deutschland auch eine Zweideutigkeit und halbe Schwenkung gegen seine eigene innere Staatsaufgabe gezeigt. Dieser Umstand ist um so weniger außer Acht zu lassen, da die in diesem Augenblicke noch unberechenbare Position Oesterreichs in Deutschland von den inneren österreichischen Zuständen und von dem mehr oder weniger gelingenden neuen Einheits- und Gesammtstaat abhängiger ist, als man dies bisher in Anschlag gebracht hat. In dem Augenblick, wo man noch glaubte, daß das „verjüngte Oesterreich", das konstitutionelle Oesterreich seinen ganzen Wurf auf das neu entdeckte Centralisationsprinzip gesetzt habe, unterzieht es sich schon wieder einer neuen Chance, indem es einen Theil seiner Würfel auf die Tafel Deutschlands wirft, und auch hier das Spiel zu gewinnen beabsichtigt. Da man aber gewöhnlich nur einen Treffer hat, und nicht zwei zur gleichen Zeit, so ist das Spiel nach beiden Seiten hin ungewiß und bedrohlich, und was Oesterreich an der österreichischen Einheit verliert, könnte es leicht an der deutschen Einheit wiedergewinnen wollen!

Man hört jetzt mehrfach süddeutsche Stimmen laut werden, welche die größere politische und konstitutionelle Ehrlichkeit Oesterreichs und Preußen gegen einander abmessen, und dabei zu insinuiren suchen, daß Oesterreich auch ohne deutsches Volkshaus an der Spitze Deutschlands willkommener sein würde, als Preußen, welches man der absichtlichen Aufrichtung des Schein-Constitutionalismus zeiht. Es ist wahr, daß die österreichische Regierung die unablässigsten konstitutionellen Versicherungen ertheilt, und daß sie erst neuerdings wieder durch ihre offiziellen Organe die Erklärung abgegeben hat, die Verfassung vom 4. März solle und werde in allen ihren Bestimmungen zur Ausführung kommen. Konstitutionell will allerdings jetzt Alles in Oesterreich sein, selbst die Croaten und Slovaken, aber man versteht unter dem konstitutionellen System vor der Hand nur den bloßen negativen Gegensatz gegen das Metternich'sche System, zu dem freilich selbst Fürst Schwarzenberg nicht ausdrücklich oder eingeständlich zurückzukehren wünscht. Aber wie wenig man daran denkt, auf die inneren Folgerungen des konstitutionellen Systems in Österreich einzugehen, oder auch nur das äußere Schema der Verfassung vom 4. März nothdürftig zu erfüllen, beweist der Umstand, daß es die österreichische Regierung für eine Unmöglichkeit hält, einen konstitutionellen Reichstag auf Grund jener Verfassung einzuberufen. Man spricht zwar seit einiger Zeit wieder von der Biber-Bastei in Wien und von den dort aufgefahrenen Grundsteinen zu einem Reichstagsgebäude, aber der Bau selbst wartet jedenfalls noch eine günstigere Witterung ab, und nichts desto weniger wird das Haus jedenfalls noch eher fertig werden, als die Wahlen, durch die es gefüllt werden soll! Ein österreichisches Reichspalament im Sinne der Centralisations-Idee würde den Gesammtstaat, so lange man denselben will, offenbar nur schwächen und in sich umwerfen können, denn man darf nicht vergessen, und die österreichische Regierung vergißt es auch keineswegs, daß es nur überwundene und gewaltsam festgehaltene Nationalitäten sind, welche den sogenannten konstitutionellen Mittelpunkt in Wien umlagern. Diese mächtigen Sondertheile Oesterreichs, die für sich selbst noch lange und vielleicht immer eine militärische Ausnahme-Verwaltung bedürfen werden, um nur überhaupt bei dem Gange dieses Einheits-Staats festgehalten zu werden, sie sind gewissermaßen darauf angewiesen, im Gesammt-Parlament auf die Schwächung dieses Ganzen hinzuarbeiten, weil sie nur an ein starkes einheitliches Oesterreich ihre nationale Individualität verlieren können. Auf einem österreichischen Gesammt-Parlament würde daher der Kampf der Nationalitäten gegen den Einheitsstaat immer von Neuem entbrennen, und gewissermaßen durch eine Anarchie der parlamentarischen Beschlüsse geführt werden, indem die Operation dahin gehen würde, daß gar kein Beschluß im Interesse des Gesammts-Staates zu Stande kommt. Wenn daher die österreichische Regierung die große konstitutionelle Fastnachts-Redoute mit ihren vielen und noch kaum vollständig entdeckten Nationalitäten nicht aufzuführen wagt, so müssen wir es in der That als eine Diskretion gegen Deutschland anerkennen, wenn Oesterreich konsequent darauf beharrt, an einem deutschen Volkshause keinen Antheil nehmen zu können. Denn wenn Oesterreich sich als Einheits-Staat nicht aufgiebt, und nicht aufgeben kann, so würde es sich mit allen seinen heterogenen Völker-Stoffen auch im deutschen Volkshause vertreten müssen, und es würde dadurch diejenigen Gefahren auf Deutschland werfen, denen es in seinem eigenen Hause sich nicht auszusetzen wagt.

Oesterreich befindet sich zwar noch so sehr auf dem Boden einer halsbrechenden Experimentalpolitik, daß man auch über Nacht einmal seine Betheiligung an einem deutschen Volkshause gewärtigen kann. Die überraschende „Anbahnung" seiner „Zoll-Einigung mit Deutschland" deutet noch auf andere großdeutsche Demonstrationen hin, zu denen die österreichische Politik im Drange des Moments und für den Moment sich entschließen könnte. Es würde dann aber auch hinsichtlich der deutschen National-Repräsentation bei einer österreichischen Anbahnungs-Politik bleiben, der man jetzt auf dem kommerziellen Gebiet mit den größten Zweifeln entgegentritt.

Preußen ist seiner ganzen Stellung nach nicht in der Lage, Experimentalpolitik zu treiben, sondern es muß es auf eine folgerichtig organische und zeitgemäße Politik absehen, da es seinen eigentlichen und innerlichen Lebenssitz in Deutschland hat, und nur als der vorzugsweise deutsche Staat die Höhe seiner eigenen Existenz behaupten kann. Ein schlechtes Fechterkunststück ist es daher, von einer scheinkonstitutionellen Entwickelung Preußens in dem Augenblick zu sprechen, wo Preußen der einzige Staat ist, der die Idee einer National-Repräsentation in Deutschland aufrecht erhält und vorzugsweise auf diese die einheitliche Gestaltung Deutschlands im engeren Nationalverbande zu begründen unternimmt. Die gegenwärtigen preußischen Kammern, die weder zur Regierung noch zum Volke eine Stellung zu gewinnen vermocht, haben allerdings wenig dazu beigetragen, die konstitutionelle Regierungsform in Preußen auf einer kräftigen und unzweideutigen Grundlage zu befestigen. Aber, wie schon zum Eingang dieses Artikels bemerkt, das konstitutionelle und das deutschnationale Preußen haben dieselbe Peripherie der Bewegung und dasselbe Centrum mit einander gemein. Von dem wachsenden Verhältniß Preußens zu Deutschland hängt eben so sehr die innere Freiheit Preußens wie die Freiheit und Macht Deutschlands ab. Die Parteien, welche Preußen nicht auf dieser Bahn folgen, sprechen dadurch ihren politischen Selbstmord aus.

Theodor Mundt.

Preußen.

Kammer-Verhandlungen.

II. Kammer. 48. Sitzung vom 5. Novbr.

Die Sitzung wurde 12¼ Uhr eröffnet. Am Ministertische fanden sich ein: v. Manteuffel, v. d. Heydt, v. Rabe. Der Kriegs-Minister zeigte der Kammer an, daß Oberst-Lieutenant v. Griesheim der Sitzung als Regierungs-Kommissar beiwohnen werde.

Mehrere Urlaubsgesuche werden von der Kammer bewilligt.

Das Gesetz über Feststellung der Normalpreise 2c. wird im Ganzen von der Kammer genehmigt.

Tages-Ordnung: dritter, vierter und fünfter Bericht der Petitions-Kommission.

In den meisten Fällen tritt die Kammer ohne Debatte den Anträgen der Kommission bei, in anderen ist dieselbe nur eine Wiederholung der bei früheren Petitions-Berichten vorgekommenen Argumente. Von allgemeinem Interesse sind nur nachstehende Fälle.

Die evangelisch-lutherische Gemeinde zu Trieglaff beschwert sich darüber, daß ihr, obgleich sie nie der unirten evangelischen Landeskirche beigetreten, dennoch das Kirchengut entzogen und sie gezwungen worden sei, die Pfarrabgaben an den Geistlichen zu entrichten. Die der unirten Kirche beigetretene Partei sei in der Minorität und habe nur mit Hilfe der landeskirchlichen Administration ihren Sieg durchgesetzt. Die Gemeinde bittet um Restitution in den Besitz des widerrechtlich vorenthaltenen Kirchen- und Pfarrguts und die Kommission schlägt Abgabe der Petition an das Ministerium zur Berücksichtigung der legislatorischen, die Kirchen-Union betreffenden, Bestimmungen vor.

Reichensperger verlangt die Empfehlung einer besondern Berücksichtigung. Dagegen bestreitet Landfermann die Kompetenz der Kammer in diesem Falle,

die jedoch Keller (Duisburg) anerkennt, da es sich um eine Rechtsverletzung handle. Stiehl trägt auf Verweisung auf den Rechtsweg an; Graf Schwerin pflichtet dem bei, indem er dem Ministerium nur dann Petitionen zugewiesen wissen will, wenn eine Verabsäumung der Pflicht oder Materialien für dasselbe in den Petitionen enthalten sei. Trendelenburg bemerkt: es sei hier allerdings ein Princip zu entscheiden und es liegen in der Petition Materialien zur Gesetzgebung.

Bei der Abstimmung wird das Amendement Stiehl (mit 137 gegen 104 Stimmen) so wie alle übrigen Amendements verworfen und der Kommissions-Antrag angenommen.

Anlaß zu einer Diskussion giebt die Petition des Magistrats und der Stadtverordneten von Landshut:

Eine hohe Kammer wolle bei Berathung der Grundsteuer, Einkommensteuer, der Ablösung von Lasten und Abgaben auch ein Gesetz veranlassen, nach welchem das garnisonirende Militär in den Städten kasernirt, der Hausbesitzer von der Einquartirung befreit, oder aber bis dahin mit 1 Thlr. pro Mann und Manat aus der Staatskasse entschädigt werde.

Die Kommission beantragt, da das Bedürfniß eines solchen neuen Gesetzes nicht vorliege,

den Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Steinhausen motivirt dieselbe und trägt darauf an, die Petition an das Kriegsministerium zur weiteren Erwägung zu überweisen.

Regierungs-Kommissar v. Griesheim: Die Kasernirung liegt im Interesse der Disziplin und der Militair-Verwaltung überhaupt. Die Mittel der Regierung waren aber bisher nicht genügend, um überall Kasernen zu erbauen. Bisher hat nur die Hälfte des Militärs kasernirt werden können. Die Ausführung des zweiten eventuellen Theiles der Petition, eine Entschädigung mit 1 Thlr. monatlich pro Mann eintreten zu lassen, würde eine Mehrausgabe von 300,000 bis 400,000 Thaler verursachen.

Abg. v. Görtz stimmt dem Abg. Steinhausen bei und stellt den Antrag, die Petition an das Staatsministerium zur weiteren Erwägung zu überweisen.

Der Berichterstatter hebt besonders hervor, daß die Nachtheile der Kasernirung durch die Vortheile einer stehenden Garnison vollkommen aufgewogen werden, und daß daher zu einer Aenderung kein Bedürfniß vorliege.

Der Kommissions-Antrag wird angenommen.

Anlaß zu einer Diskussion giebt ferner die Petition der Dorfgemeinden des Neisser Kreises:

das Statut der schlesischen Provinzial-Feuer-Societät dahin abzuändern: daß Jeder, der Brand-Entschädigung erhalte, mit der früheren Versicherungssumme noch 12 Jahre in der Societät verbleibe, daß die Gebäude nur zu 3/4 des gemeinen Werths versichert werden dürfen, und daß die unverbrennbaren Theile dabei ausgeschlossen werden.

Die Kommission beantragt Abgabe an das Ministerium des Innern.

Der Abg. v. Werdeck spricht für die Petition.

Minister des Innern erklärt, daß bei dem Feuerversicherungswesen allerdings mancher Mangel obwaltet. Dasselbe sei aber unter Mitwirkung der Provinzialstände geordnet worden und die Verwaltung könne daran nichts ändern. Er wolle daher gern die Petition als Material für die künftige Berathung entgegennehmen, welche erst eintreten könne, wenn die Provinzialvertretung geordnet sei.

Der Kommissions-Antrag wird angenommen.

Bei Gelegenheit einer Petition von 200 Bewohnern von Lyck und Umgegend, um Ausführung von Chausseebauten in Masuren, welche die Kommission der besonderen Berücksichtigung dem Ministerium empfiehlt, entwirft der Abg. Schröder (Lyck) ein Bild der Nothzustände in Masuren, was kaum glaubhaft erscheint und an die Oberschlesiens lebhaft erinnert.

(Schluß der Sitzung: nach 4 Uhr. Nächste Sitzung: Mittwoch den 7ten. Tages-Ordnung: 2 Berichte der Budget-Kommission über den Ausgabe-Etat der zweiten Kammer; 2 Gesetze über die bäuerliche Erbfolge in Westfalen und die Einführung ungereinigter Soda.)

Berlin, 5. Nov. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: den Regierungs-Rath Wilckens zum geheimen Finanzrath und vortragenden Rath im Finanz-Ministerium zu ernennen.

Berlin, 5. Nov. Die (bereits in der Bresl. Z. erwähnte) Note des königlich sächsischen Staatsministers, Freiherrn v. Beust, d. d. Dresden, den 25. Oktober 1849, ist von dem königlich sächsischen Geschäftsträger am hiesigen Hofe, Herrn v. Könneritz, unter dem 27. Oktober dem Minister des Auswärtigen abschriftlich zugestellt worden und in der Sitzung des Verwaltungsrathes vom 30. Oktober zur Vorlage gekommen. Aus den auf die Note bezüglichen Verhandlungen des Verwaltungsrathes theilen wir nachstehend das Resultat mit:

Die Bevollmächtigten der accedirenden Regierungen bleiben der jetzigen Note des königl. sächsischen Staatsministers ungeachtet, der vollen Ueberzeugung:

daß jede Argumentation, die den von Sachsen und Hannover bei dem Schluß-Protokoll vom 26. Mai d. J. vorbehaltenen nachträglichen Erklärungen möglicherweise entnommen werden könnte, gegen die von ihnen vertretenen Regierungen in keiner Weise Platz greift;

daß vielmehr zwischen diesen Regierungen und den königlichen Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover die Gesammtheit der gegenseitigen Rechte und Pflichten in dem von Preußen, Sachsen und Hannover ihren Regierungen ohne allen Vorbehalt dargebotenen und von diesen Regierungen unbedingt acceptirten Bündniß-Vertrage vom 26. Mai d. J., beschlossen liegt;

und daß der Art. IV. dieses Bündniß-Vertrages die sämmtlichen Theilhaber des Vertrages zu der auf die demnächstige Einberufung des Reichstages abzweckenden vorläufigen Vereinbarung, wie dieselbe in dem Protokoll der Sitzung des Verwaltungs-Rathes vom 17. Oktober d. J. festgestellt ist, durchaus berechtigt.

Indem die Bevollmächtigten der accedirenden Regierungen dieses gute Recht ihrer Regierungen gegen jede Anzweifelung nochmals feierlich verwahren, lehnen sie zugleich Alles ab, was das Interesse auch ihrer Regierungen in „die Füglichkeit anderweitiger Verhandlungen" setzen könnte, auch wenn die Geltendmachung einer solchen Füglichkeit, wie in der Note im voraus zugesichert wird, seitens der königlich sächsischen Regierung nicht bestritten werden sollte. Die accedirenden Regierungen wollen die Aufrechthaltung und den Vollzug des Bündnißvertrages, und nur dieses; sie wollen bei diesem Vertrage verharren, nicht davon zurücktreten.

Berlin, 2. November. [Intriguen gegen den deutschen Bundesstaat.] Man beginnt im österreichischen Lager, wie es scheint, wegen der Ausdauer und Widerstandsfähigkeit Würtembergs besorgt zu werden. Die Eventualität einer freundnachbarlichen militärischen Besetzung dieses Landes durch österreichische Truppen wird zu den Möglichkeiten gerechnet. Oesterreich soll sich für constituirt ansehen und nun auch andererseits dafür Sorge tragen wollen, daß Alles hübsch in den passenden Grenzen verbleibe. — Unterdeß nehmen die Intriguen in Kurhessen, Darmstadt, ja, sogar in Hamburg ihren geregelten Verlauf. Unsere inneren Verfassungskämpfe werden neuerdings von Leuten ausgebeutet, die zu vergessen scheinen, daß unsere Zustände, so viel auch sie zu wünschen übrig lassen, nordamerikanische sind, wenn man sie mit den österreichisch-ungarischen zusammenhält. Ueber v. d. Pfordtens bescheidene Insinuation, als habe er besonders den Abschluß des Interims gefördert, hat man hier viel gelacht. Jemand sagte: Nun denn, wenn Baiern durchaus die Ehre des Selbstmordes für sich vindicirt, so kann man das nicht weiter verhindern. — Die oft gut unterrichtete „Constitutionelle Zeitung" bestätigt heute, was ich Ihnen vorgestern schrieb. Oesterreich habe keineswegs gegen den Bundesstaat protestirt. Es versteht sich von selbst, daß die Protestation nicht möglich war, und daß sie das Parlament nicht verhindert hätte.

(Köln. Z.)

P. C. **Berlin**, 5. Nov. [Zweite Kammer.] In der Sitzung vom 3. dieses war eigentlich keine Partei vorhanden, welche nicht die Dringlichkeit des Bahnbaues anerkannt hätte. — Die Opposition, welche der Finanzplan fand, trat nur aus dem Grunde auf, weil man das Ministerium aufmerksam machen wollte, künftig bei Vorlagen über Geldsachen vorsichtiger zu sein. Sehr wohl begriff man, daß Ueberschüsse im Monde nicht in Preußen zu verwenden sind. Dem Lande gegenüber wollte man den Beweis nicht schuldig bleiben, daß die Kammer gesonnen ist, künftig strenge darauf zu halten, daß für bestimmte Zwecke bewilligte Fonds auch für diese verwendet werden. Wir müssen uns sehr irren, oder die sämmtlichen Depositen sind in das Kriegsministerium gewandert und es hält schwer, von dort irgend ein produktives Kapital wieder herauszubekommen; diese starke Seite Preußens scheint für den Finanzminister die beschwerlichste zu sein. — Die Kammer wird wohl thun in allen Dienstzweigen auf gründliche Ersparung zu dringen. Unserer Ansicht nach, hätte die Kammer 4,000,000 Thaler weniger bewilligen sollen; darin würde für den Herrn Minister ein Sporn gelegen haben, die Bestände wieder herbeizuschaffen und namentlich die 7,630,000 Thaler, welche das Budget pro 1849 für Eisenbahnbauten auswirft, sich nicht in andere Kanäle verirren. Mit Vielem hält man Haus, mit Wenigem kommt man aus!

A. Z. C. **Berlin**, 5. Novbr. [Tagesbericht.] Die in Paderborn zwischen den Bürgern und Soldaten ausgebrochenen Konflikte haben hier in den letzten Tagen einiges Aufsehen gemacht. Es soll sich immer mehr herausstellen, daß konfessionelle Reibungen den bedauerlichen Anlaß geboten haben. Die Einwohner sind nämlich weit überwiegend streng katholisch und deshalb erbittert darüber, daß das 6te Ulanen-Regiment, welches größtentheils aus westfälischen Katholiken besteht, von Paderborn wegverlegt und durch das 3te Husaren-Regiment, dessen Mannschaften fast nur durch Brandenburger und Protestanten gebildet werden, ersetzt worden ist. Die erste Veranlassung soll von den Bürgern ausgegangen sein, welche den Soldaten des 3ten Husaren-Regiments wegen ihres Glaubens zu nahe traten, was letztere nicht ertragen wollten. — In den Bezirksversammlungen des Treubundes sind alle Titulaturen abgeschafft worden. Man nennt sich jetzt „lieber Bundesbruder." In den Generalversammlungen, wo die Grafen präsidiren, ist es jedoch einstweilen noch beim Alten geblieben. — Der Sterbetag des berühmten Komponisten, Dr. Mendelssohn-Bartholdy, wurde gestern an der Gruft desselben durch eine Erinnerungsfeier begangen. Die Akademie für Männergesang führte Beethovens „Miserere" und „Graun's Auferstehen" aus. Die Familie des Verewigten wohnte dieser Feierlichkeit bei. — In der ersten Kammer ist der vorberathende Ausschuß so eben mit der Prüfung des ministeriellen Entwurfs der neuen Gemeinde-Ordnung fertig geworden und hat sich nunmehr der Kreis- und Provinzial-Ordnung zugewandt. Wir haben schon früher berichtet, daß sich die Ansichten in Bezug auf die neue Gemeinde-Ordnung immer mehr spalten, und daß man von allen Seiten mit einer, fast könnte man sagen, legislativen Zaghaftigkeit, an diesen allerdings folgenreichsten Theil der Gesetzgebung zu gehen scheint. Dennoch ist von der liberalen Partei wenigstens so viel durchgebracht, um insbesondere dem bisher total unfreien Zustande der Gemeinden in den östlichen Provinzen eine Zukunftentwickelung zu eröffnen und zu sichern. Sie verdanken diese Erfolge wesentlich den Abgeordneten aus der Rheinprovinz und Westfalen, welche unter ihren bisherigen Institutionen genugsam von den Segnungen derselben durchdrungen waren, um sich mit äußerster Entschiedenheit in der Opposition zu behaupten. Dieser Opposition unterlagen namentlich alle Gelüste der Junkerpartei, welche auf das Hartnäckigste und Wiederholendste für ihre Privilegien in die Schranken trat und noch zuletzt einen verzweifelten Versuch machte, wenigstens ihre größeren Ländereien, Haiden, Waldungen ꝛc. vom Gemeindeverbande und damit von den materiellen Lasten der Gemeindeordnung auszunehmen. Es sind diese Resultate um so wichtiger, als die Gemeindeordnung zuerst in der ersten Kammer zur Berathung und von da an die zweite gelangt. Die Beschlüsse, welche zuerst gefaßt werden, pflegen nach den bisherigen Erfahrungen nicht ohne Einfluß auf die nachfolgenden zu sein. — Gestern starb plötzlich im hohen Alter der ehemalige Staats- und Justizminister v. Kamptz. Er stammte aus Mecklenburg-Schwerin, wo sein ihm politisch diametral entgegengesetzter Bruder bereits vor mehreren Jahren als General in herzoglichen Diensten verstarb. Schon früh in preußische Dienste übergetreten, schwang er sich in unglaublich kurzer Zeit zu den höchsten Würden empor und wußte sich das Vertrauen des hochseligen Königs in einem besondern Grade zu erwerben. Wie er dasselbe im Verein mit Tschoppe, Dambach, Rochow und Anderen in jener unseligen Zeit der Demagogenverfolgungen für seine polizeilichen Zwecke benutzt hat, ist bekannt und gehört dem schweren Urtheil der Geschichte an. Sein Einfluß schmälerte sich indeß schon in den letzten Regierungsjahren Friedrich Wilhelm III., besonders in Folge des Kampfes, den er mit den Rheinländern um ihre liberalen Rechtsinstitutionen führte und beim Regierungsantritt Friedrich Wilhelm IV. wurde seine sofortige Pensionirung als eine der liberalsten Handlungen des neuen Regenten gepriesen. Seitdem lebte er hier in tiefer Zurückgezogenheit, bis zu den letzten Augenblicken mit literarischen Arbeiten beschäftigt. Mehrere staatsrechtliche Werke von ihm sind in den jüngstverflossenen Jahren gedruckt, namentlich über hannoversche und mecklenburgische Verhältnisse, in welchen er als Vertheidiger legitimer und aristokratischer Interessen auftrat. Zwei Manuscripte liegen noch ungedruckt in der hiesigen Verlagsbuchhandlung von Logier. Er genoß überhaupt als juristischer Schriftsteller Ruf und Autorität und war jedenfalls einer der fähigsten Träger des Polizeistaates.

C. B. **Berlin**, 5. Novbr. [Tagesbericht.] Die Ernennung des Herrn Bötticher zum zweiten Vertreter Preußens in dem Bundesdirektorium soll nachträglich auf Widerspruch und Bedenken gestoßen sein. Nach allem, was wir aus guter Quelle erfahren, ist es uns nicht unwahrscheinlich, daß er selbst sich veranlaßt fühlen wird, den Platz neben Herrn v. Radowitz einem Anderen zu überlassen. — Das Verhältniß Neuenburg's zu Preußen soll nahe daran sein, in friedlicher Weise auf den vorrevolutionären Stand zurückgeführt zu werden. England, sagt man, habe die Vermittelung angeboten. Auch spricht man von einer Abordnung der royalistischen Partei in Neuchatel und Valangin, welche demnächst hier erwartet werde. — Die Rechte der ersten Kammer, d. h. die Fraktion

(wenn man so sagen darf), welcher die Herren Walter, v. Jordan, Schmückert, Gr. Itzenplitz, Graf Limburg-Stirum, Graf Fürstenberg-Stammheim, Dr. Brüggemann, Gr. Dönhoff u. A. angehören, wird binnen Kurzem eine Ansprache an ihre Kommittenten richten, in welcher der Gang und die Resultate der Thätigkeit der ersten Kammer seit dem Zeitpunkte ihrer Wiedereröffnung ausführlich dargelegt werden sollen. Vorläufig hat sie ihren Wählern eine mit etwa 30 Unterschriften versehene Erklärung über ihr Verhalten in der Steuerbewilligungs-Frage zugehen lassen. Es heißt darin: „Wir halten es nicht mit den höheren Begriffen des Staates, welcher nur durch die Einigung der Gewalten zu verwirklichen ist, für vereinbar, der Volksvertretung gegen die Regierung eine solche zweischneidige Waffe in die Hand zu geben, eben so wenig als wir selbst in den äußersten Fällen der Staatsregierung das Recht einräumen könnten, durch Sistirung der Rechtspflege oder des Unterrichtswesens gegen das Volk etwas durchzusetzen." — Die hiesigen Kunsthändler sind angewiesen, aufregende Bilder, wie Waldeck im Kerker, Dortu auf dem Richtplatz u. dgl. von den Schaufenstern zu entfernen. — Das Festmahl am 9. November zur Feier des Antritts des Ministeriums wird außerordentlich zahlreiche Theilnahme finden. Die „Wehr-Zeitung" warnt die Militärs vor einer Theilnahme an dem Jahres-Fest, weil es Soldaten nicht gezieme, an politischen Parteimanifestationen sich zu betheiligen.

C. C. Dem General v. Wrangel ist neben dem Oberkommando in den Marken zugleich das General-Kommando des 3. Armee-Corps übertragen worden, und der Stab dieses Kommandos von Frankfurt a. O. hierher verlegt worden. General Grabow ist kommandirender General des 2. Armee-Corps geworden, General v. Prittwitz im General-Kommando des Garde-Corps bestätigt. — Klapka ist plötzlich, von London kommend, in Düsseldorf eingetroffen, mußte jedoch von dort wieder über die preußische Grenze gewiesen werden. — Künftigen Sonntag wird Frl. Grahn zum ersten Male auftreten. Zu dem Ballet: „das Mädchen von Gent" sind vom Dekorations-Maler Gropius neue prachtvolle Dekorationen angefertigt.

Aus Schlesien, 2. Nov. [Eisenbahnen.] Unter den von den Kammern jetzt zu genehmigenden oder zu berathenden Staats-Eisenbahnen hat die Ost-Schlesische (rechtes Oderufer) von der Regierung eine nur untergeordnete Berücksichtigung erfahren. Im allgemeinen Interesse besprechen wir einige Punkte, aus welchen die Wichtigkeit jener Linie erhellt. — Der ganze Landestheil der preußischen Monarchie, welchen die Warthe und Prosna nördlich und östlich, die Oder und Malapane — oder die diesen Flüssen parallelen Bahnen Frankfurt-Breslau-Kosel und Oberschlesien-Krakau — südlich und westlich begrenzen, ist in Bezug auf innere Verbindungslinien nahe bei der am wenigsten berücksichtigte. Es ist dies ein Gebiet von etwa so viel Einwohnern und doppeltem Flächenraum als das Königreich Sachsen, reich an allen Erzeugnissen der Landwirthschaft und von überwiegend deutscher Bevölkerung. Innerhalb dieses bedeutenden Landstrichs ist überhaupt, wie erwähnt, für gute Kommunikation wenig gethan. Allerdings sind so viele Verkehrsmittel dort erst noch zu erzeugen, daß große Ertragsfähigkeit von einem neu zu ziehenden Schienenwege dort nicht in Aussicht gestellt werden kann. Allein nachdem in der ersten zehnjährigen Periode des preußischen Eisenbahnsystems die einträglichen Linien, wie es die Natur der Sache mit sich bringt, ermittelt und gebaut worden sind, tritt ein anderes Interesse, das Bedürfniß des Staats und seiner Einzelglieder ins Spiel. Es ist die Aufgabe aber, für einen tüchtigen Organismus die Bedingungen einer gleichmäßigen Vertheilung der Lebenskräfte wahrzunehmen. Werden doch für den Gesammtbedarf die Leistungen aller Sphären auf gleiche Weise herangezogen: wie sollte ein so integrirender Theil nicht auch wesentliche Ansprüche an das Ganze machen dürfen? — Hiezu kommt, daß nach Vollendung der großen Ostbahn alle Hauptstädte Preußens unter einander verbunden sein werden, mit Ausnahme der Hauptstädte Schlesiens und Posens. Gewiß liegt es im Interesse der Regierung, diese Pole und Brennpunkte des staatlichen Lebens unter sich und mit dem Mittelpunkte in die regeste Wechselbeziehung zu bringen, und je nach dem Bedürfniß bald centripetale, bald ausstrahlende Wirkungen hervorrufen zu können. — Ferner ist der erwähnte Landestheil vorzugsweise Rußland benachbart, und ist daher nach der einen Seite seines ganzen Gebiets von allen Verkehrsverhältnissen der Welt überhaupt abgeschnitten, also auf Entschädigung und Binnenhandel angewiesen. Zugleich aber ist er auch im Falle eines Krieges dem feindlichen Angriff zuerst und zumeist ausgesetzt. Denn das Königreich Polen wird definitiv die stets bewaffnete und marschfertige Avantgarde des russischen Reiches bilden. — Es geschieht aus diesem Grunde, daß, wie Warschau zum Waffenplatz erster Größe schon gegenwärtig erhoben ist, so nach glaubwürdiger Versicherung, Kalisch und einige andere Grenzorte zu ähnlichen erhoben werden. Eben diesen kriegerischen Lagern und Depots gegenüber ist weder an der langgestreckten Grenzlinie noch innerhalb des Gebiets, Posen ausgenommen, ein einziger Punkt von strategischer Bedeutung. Erst diesseits der Oder beginnen die schlesischen Bollwerke, und darum ist es nothwendig, gerade an seiner Ostgrenze das Mindergewicht der Kräfte durch intensive Schlagfertigkeit und die Möglichkeit eines schnellen Konzentrirens auszugleichen. — Alles dies spricht für die Dringlichkeit einer Verbindung von Breslau und Posen. Der geraden Richtung wird durch die Ablenkung über Lissa, die zweite Stadt von Bedeutung innerhalb des bezeichneten Landestheils, wenig Eintrag gethan, dadurch aber einer Menge kleinerer Orte Gelegenheit gegeben, sich mit der Hauptlinie in Kommunikation zu bringen. Eine Eisenbahnstraße von kaum 5 Meilen würde Lissa rückwärts mit Glogau verbinden, welches nicht nur strategisch eine Hauptrolle in dieser Kombination spielt, sondern auch den transversalen Anschluß an die Niederschlesisch-Märkische durch seine Zweigbahn bietet, und so den Uebergang zu den innerdeutschen Hauptlinien vermittelt. Die alsdann von Posen über Glogau und Görlitz nach Dresden reichende Eisenbahn würde die direkte Haupt- und Heerstraße zwischen dem Osten und Westen bilden, während der eine Flügel über Breslau nach Wien aus dem weiten Nordosten Europas südwärts, der andere durch Berlin und Stettin nordwestlich führte. — Diese ganze Straße würde nicht viel über 30 Meilen betragen und bei den offenkundig höchst günstigen Bodenverhältnissen mit einem Aufwande von höchstens fünf Millionen Thalern herzustellen sein. (Konst. Z.)

Pz. C. Königsberg, 3. Novbr. [Klostersache. Kartoffelkrankheit.] Wir haben mehrmals Gelegenheit gehabt, auf die Ansprüche zurückzukommen, welche die katholische Kirche neuerdings an den Staat macht. Wir erinnern an die Patronats-Verhältnisse und die Forderung der Herausgabe sämmtlicher Güter, welche die katholische Geistlichkeit in Westpreußen bei der Reokkupation im Jahre 1772 besaß. Es liegt jetzt ein anderes Beispiel vor. Auf vielfache Petitionen genehmigte im Jahre 1847 eine königliche Ordre die Gründung eines katholischen Gymnasiums in Neustadt und wies zum Umbau des dortigen Franziskaner-Klosters, Behufs Errichtung des erforderlichen Gebäudes die Summe von 7300 Thlr. an. Jetzt, da der Bau beginnen soll, werden Schwierigkeiten erhoben und der Piusverein in Danzig hat vor wenigen Wochen eine Petition an das Staatsministerium gerichtet, worin es heißt: „Die Bestimmung, daß das Kloster neu gebaut werden soll, hat auf alle Katholiken, welche mit den Ortsverhältnissen näher bekannt sind, einen schmerzlichen Eindruck gemacht. Das Kloster umbauen heißt es aufheben, heißt die ehrwürdigen Franziskaner-Patres aus ihrem Asyl verweisen und die Wallfahrt zum heiligen Kalvarienberge nach Neustadt unterdrücken, welche Jahrhunderte zum Trost und Segen von Millionen frommer Pilger gedient, die hier den Erlöser auf seinem Leidenswege von Station zu Station begleitet haben. Die Stationen bilden hier Kapellen, welche der fromme Begründer des Klosters, Freiherr von Weyher, zur Erfüllung eines Gelübdes, nach eigener Anschauung und Ausmessung zu Jerusalem, auf den waldumkränzten Anhöhen bei Neustadt erbauen ließ, genau nach den Dimensionen der verehrungswürdigen Orte, welche der Erlöser der Welt mit seinem heiligen Blute getränkt hat. In diesen Kapellen sind die Leidensmomente des Heilandes nicht ohne Kunst aus Stein, Holz und durch die Hand des Malers dargestellt. Der Dienst bei den Kapellen und die Erhaltung derselben wie die ganze Wallfahrt ist der Leitung, Obhut und Fürsorge der ehrwürdigen Franziskaner übertragen. An diesen gottgeweihten Stätten heiliger Erinnerung haben jährlich wohl 30—40,000 Christen Trost und Erbauung in herzerschütternder Betrachtung des Leidens und Sterbens Jesu Christi gefunden, in diesen Räumen werden die Armen von den Händen der Franziskaner auch mit Speise und Trank erquickt. Wird das Kloster in ein Gymnasium verwandelt; dann gehen dem armen, treuen christlichen Volke alle diese Segnungen verloren. Sie bitten daher, zu den 7300 Thalern noch etwas zuzulegen und den Neubau eines Gymnasialgebäudes in Neustadt anordnen zu lassen, das Kloster aber den Franziskaner-Patres als Asyl zu überlassen und der Aufnahme neuer Ordensbrüder keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen! — Aus Westpreußen erhielten wir die Mittheilung, daß, mit Ausnahme der Landrathskreise Schlochau, Flatow und Löbau, die Kartoffelkrankheit in diesem Jahre alle Kreise des marienwerderschen Regierungs-Bezirkes mehr oder minder empfindlich berührt habe und durch die Witterung an manchen Orten begünstigt worden sei. Am meisten leiden die Kreise Marienwerder, Rosenberg, Graudenz und Stuhm, besonders der zuletzt genannte Kreis. Die übrigen sind weniger hart betroffen. Der schlochauer Kreis ist ganz frei von der Kartoffel-Krankheit geblieben.

Münster, 2. Nov. [Temme.] Bekanntlich hat in der Untersuchungssache gegen den Appellationsgerichts-Direktor Temme das Kriminal-Amt zu Stuttgart die von dem hiesigen Gerichte beantragte Vernehmung des Staatsministers Römer aus dem Grunde abgelehnt, weil Temme durch seine Theilnahme an dem Parlament in Stuttgart kein Verbrechen begangen. — Das hiesige Gericht hat sich durch diese triftige Lehr nicht auf eine andere Bahn bringen lassen, sondern jetzt bei dem Justizministerium auf Bewirkung der Vernehmung des ꝛc. Römer im diplomatischen Wege angetragen. (Konst. Z.)

Paderborn, 2. Nov. [Eintracht.] Die Kürassiere leben im besten Einverständniß mit den Bürgern, sie haben nicht den mindesten Anlaß zu Klagen gegeben. Die Husaren-Reservisten werden, bis auf 9 bis 10 Mann, welche als Urheber der blutigen Vorfälle verhaftet sind, noch heute entlassen. General von Tietzen hat in einer Anrede an die Compagnie Infanterie, welche von Neuhaus heute hierher gekommen ist, den Soldaten empfohlen, sich friedlich und freundlich gegen die Bürger zu verhalten. Der General soll mehreren Kürassieren die Hand gereicht und ihnen seine Zufriedenheit über ihr gutes Betragen zu erkennen gegeben haben, dagegen soll er die strengste Untersuchung gegen die Husaren angeordnet haben. — Die Kürassiere haben heute Morgen die Stadt verlassen. (Westf. Z.)

Deutschland.

Frankfurt a. M., 3. Nov. [Welcker. Itzstein. Das Interim.] Der vormalige badische Abgeordnete zur deutschen National-Versammlung, C. Welcker, ist seit einigen Tagen von seiner italienischen Reise zurückgekommen und weilt wiederum in unserer Stadt. Dem Vernehmen nach soll Herr Welcker entschlossen sein, der Politik gänzlich zu entsagen und sich fortan nur seinen Berufswissenschaften zu widmen. Auch Herrn Welckers Kollege, Herr v. Itzstein, der seit mehreren Wochen sein Gut Hallgarten im Rheingau bewohnt, beabsichtigt, wie ich höre, der Politik für immer Valet zu sagen und seine letzten Lebenstage in ländlicher Zurückgezogenheit zu verbringen. — Die Einsetzung der interimistischen Centralkommission soll definitiv auf den 15ten d. M. anberaumt und deshalb bereits amtliche Benachrichtigung dem Reichsministerium zugegangen sein. So viel ist Thatsache, daß die bei demselben angestellten Beamten, die keine Aussicht auf Wiederverwendung haben, ihren Wirthen die Wohnungsmiethe bis zur zweiten Hälfte dieses Monats gekündigt haben. (Reform.)

Aus Baden, 1. Nov. [Der Großherzog soll abdanken.] Es arbeitet jetzt eine mächtige Partei, die katholisch-aristokratische Partei, mit dem Freiherrn v. Andlaw an der Spitze, daran, den Großherzog zur Abdikation zu bewegen. Sie geht dabei von der Ansicht aus, daß das Land in seinen innersten Theilen faul und angefressen, daß es nicht mehr lebensfähig sei, und das ist eine Ansicht, die allerdings auch Andere, welche weniger selbstsüchtige Zwecke verfolgen, zu theilen geneigt sind. Zu Erben der Verlassenschaft würden Oesterreich, Baiern und das Großherzogthum Hessen erkoren. (Das von den bairischen ultramontanen Blättern schon früher entwickelte Projekt.) (Reform.)

München, 2. Novbr. [Sitzung der Abgeordneten-Kammer.] Heut wurde gleich zur Berathung über den Ausschuß-Antrag bezüglich der deutschen Frage geschritten. Abg. Dr. Rubner fragte den Minister, ob er geneigt sei, das Schreiben des Ministers Schwarzenberg wenigstens in der Weise zur Kenntniß des Hauses zu bringen, wie die Mittheilung an die Kommission stattgefunden habe. Der Minister v. d. Pfordten glaubt bereits bewiesen zu haben, wie das Ministerium aus keinem Schritte dem Lande ein Geheimniß mache, aber gleichwie im Privatleben müßten auch die vertraulichen Mittheilungen der Regierungen als Geheimniß betrachtet werden; die Note enthalte übrigens nichts Bedenkliches, sie spreche aus, daß damals Oesterreich nicht im Stande gewesen sei, eine Erklärung abzugeben, und enthalte noch einige Andeutungen aus Noten, die Oesterreich an seinen Bevollmächtigten nach Frankfurt gerichtet habe, namentlich aus jener Note vom 9. März; dennoch sei er auch heute noch gegen eine weitere Mittheilung, weil jenes Schreiben nicht die letzte Entschließung Oesterreichs enthalte, und durch eine voreilige Mittheilung Oesterreich in seinem reifenden Entschlusse gestört werden könne, er halte sich also einmal im Interesse des zu wahrenden Prinzips, wie das andere Mal im eigenen Interesse des Staates verpflichtet, jenes Aktenstück nicht zu veröffentlichen. Eine weitere Debatte wurde hier durch den Präsidenten, Graf v. Hegnenberg, abgeschnitten, und zur wirklichen Berathung über den Gegenstand selbst übergegangen. Abg. Frhr. v. Lerchenfeld rechtfertigt hierauf das Verfahren der baierischen Regierung dadurch, daß er vorausgesetzt, die von der Nationalversammlung zu Stande gebrachte Verfassung habe von dem Augenblicke an, in welchem der König von Preußen die Kaiserkrone ablehnte, als ein unvoll-

endetes Ganzes ihre Lebenskraft verloren. Daß Baiern dem preußischen Entwurfe vom 26. Mai nicht beitrat, ließ wenigstens insofern eine Hoffnung zur Einigung zu, als Oesterreich dadurch nicht thatsächlich, wie Preußen beabsichtigte, aus Deutschland gedrängt und so einem Risse vorgebeugt wurde, den Jahrhunderte nicht geheilt haben würden. Er glaube, daß noch ein Versuch zur Einigung Deutschlands gemacht werden müsse, und solle ein Großdeutschland nicht zu Stande kommen, solle Baiern sich an eine jener beiden Großmächte anschließen. Zwar trete dann eine Mediatisirung ein, schließe sich Baiern aber an Oesterreich an, so würde dies minder drückend sein, weil man sich mit großen Herren immer besser stelle und so zu sagen generös behandelt werde. Im Interesse Oesterreichs liege es auch, den Anschluß Baierns zu erleichtern. Der Abg. Bayer protestirte gegen jede Verfügung, gegen jeden Akt ohne die Zustimmung des deutschen Volks. Es habe lange gewartet, bis es sich 1848 mit sittlicher Kraft erhoben, und man möge eingedenk dieser Erhebung einen Reichstag einberufen und die Verfassung revidiren lassen. Es sprachen nun noch die Abgg. v. Hermann, Rebenak, Dr. Heine und von Lassaulx, Letzterer für ein Bündniß Baierns mit Oesterreich, ohne einen bestimmten Antrag zu stellen, weil „sich von selbst mache, was sich machen solle."

Stuttgart, 3. Novbr. [Ansicht Römers über die deutsche Frage.] Der abgetretene Minister Friedrich Römer spricht sich über die deutsche Frage folgendermaßen aus: „Ich bin für ein ganzes Deutschland, nicht für ein preußisches. Aber ich bin auch für eine deutsche Volksvertretung, und wenn sich Oesterreich vermöge der Eigenthümlichkeit seiner Verhältnisse oder auch vermöge seiner Politik zu einer solchen nicht verstehen kann oder nicht verstehen will, Preußen dagegen daran festhält, und von der in Aussicht gestellten Verkümmerung der Grundrechte abläßt, so bin ich, selbst ohne Oesterreich, für eine Verbindung mit Preußen und dem übrigen Deutschland; denn etwas ist besser als gar nichts. Dieses habe ich stets und überall ausgesprochen, selbst auf die Gefahr hin, nicht überall zu gefallen." (Würt. Ztg.)

Dresden, 4. November. [Die Abgeordneten.] Auch im Laufe des gestrigen Tages haben sich noch nicht Abgeordnete genug eingefunden, um die Kammern beschlußfähig zu machen. Der Grund dieses spärlichen Eintreffens und der hierdurch verzögerten Eröffnung des Landtages liegt theils darin, daß Suspendirte gewählt worden, theils darin, daß bei den Wahlen Unregelmäßigkeiten vorgefallen sind, und deshalb viele Neuwahlen vorgenommen werden müssen. Es bleiben für die zweite Kammer nur 52 regelmäßig Gewählte übrig, von denen 50 anwesend sein müssen, um die Kammer beschlußfähig zu machen. (L. Z.)

Dresden, 5. Novbr. [Die Verzögerung der Kammereröffnung] hat einen andern Grund, als man nach der Darstellung der heutigen Leipziger Zeitung (s. den vorstehenden Artikel) anzunehmen geneigt ist. Die Wahlen sind mit geringen Ausnahmen beendigt, und selbst nach Abrechnung der Doppelwahlen und der ungültigen Wahlen bleibt eine hinreichende Zahl von Abgeordneten, um die Kammern beschlußfähig zu machen. Wir hören aber von heute aus ihrer Heimat eintreffenden Abgeordneten, daß ihnen das Ministerium, obgleich ihre Wahl schon zehn Tage vorüber ist, noch keine Mission hat zugehen lassen. Der Exminister Oberländer hat sich neuerdings entschlossen, die auf ihn gefallene Wahl doch anzunehmen. Die anwesenden Kammermitglieder haben sich bisher nur in zwei Parteien getrennt, und zwar hält die konservativ-liberale Partei im Hotel de Pologne, die radikale in der Engel'schen Restauration besondere Versammlungen. Die Parteien stehen sich der Zahl nach so durchaus gleich, daß es zweifelhaft bleibt, aus welcher Seite der Kammer das Präsidium gebildet werden wird. Hr. v. Dieskau ist die bedeutendste Persönlichkeit der Linken in der zweiten Kammer, wünscht aber die Präsidentenwürde nicht übertragen zu erhalten; die Rechte schwankt in ihrer Wahl noch zwischen Held und Biedermann. Rewitzer wäre eine Persönlichkeit, in der sich leicht beide Parteien vereinigen könnten, da er sich durch seine unparteiische und aufmerksame Leitung der Debatte bei dem außerordentlichen Landtage von 1848 das allgemeine Vertrauen des Hauses zu erwerben so glücklich war.

Schwerin, 2. November. [Widerlegung.] Die „Mecklenb. Ztg." erklärt die von einigen, auch Berliner Blättern gegebene Nachricht, daß der König von Preußen „zur Wahrung seiner Rechte als Agnat" einen Protest gegen die in Mecklenburg-Schwerin verkündete Verfassung eingelegt habe — für vollkommen unwahr.

Kiel, 3. Novbr. Gestern kam hier die Mannschaft der deutschen Fregatte „Barbarossa" an, und begab sich nach Eckernförde, wo sie als Besatzung der „Gefion" dienen soll, um dieselbe, wie es allgemein heißt, sowie dieselbe seetüchtig ist, nach Bremerhafen zu den übrigen deutschen Kriegsschiffen zu bringen.

In der heutigen dritten Sitzung der Landesversammlung stellte der Abgeordnete Advokat Heiberg aus Schleswig an die Statthalterschaft den Antrag, daß selbe die Aktenstücke, betreffend die Verhandlungen mit der preußischen Regierung über die politische Lage der Herzogthümer, auf d n Tisch lege. Im Uebrigen bot die heutige Sitzung des Bemerkenswerthen nicht viel dar, da alle anderen Interpellationen sich auf administrative Gegenstände bezogen und nur von lokalem Interesse waren. (Ref.)

Oesterreich.

N. B. **Wien, 5. November.** [Tagesbericht.] Gestern erschien Se. Maj. der Kaiser im Hofburg-Theater in Begleitung seiner königlichen Gäste und seiner erlauchten Eltern, und wurde von dem versammelten Publikum mit Akklamation empfangen. Man gab die „Lästerschule" und „Wallensteins Lager". — Die Königinnen von Preußen und Sachsen, welche nur bis morgen hier verweilen wollten, haben ihren Aufenthalt bis Donnerstag früh ausgedehnt. — Die heute aus Paris vom 1. November bezüglich des Ministerwechsels eingelaufene Nachricht hat auch hier Sensation hervorgebracht, jedoch nur einen geringen Rückgang der Kourse bewirkt. — Man hegt allgemein die Meinung, daß die Regierung die Absicht habe, alle inländischen Eisenbahnen an sich zu bringen, wie auch den Betrieb der Staatsbahnen in eigene Regie zu nehmen. Zunächst werden nun die Verhandlungen über die Mailänder Bahn betrieben und dürften vielleicht schon binnen 8 Tagen entschieden, schwerlich aber den Inhabern der Aktien mehr als 4procentige Staatsschuldverschreibungen für Kapital und rückständige Zinsen gewährt werden. Sodann kömmt wohl die Reihe an die ungarische Eisenbahn, welche unter den jetzigen Verhältnissen um so weniger im Stande sein dürfte, fortzubauen, als sie bereits für drei Mill. Gulden schwebende Schulden hat. Die meisten Schwierigkeiten wird jedenfalls die Nordbahn bieten. — Die Vorschläge zur Zolleinigung mit Deutschland haben bisher in der ausländischen Presse mehr Besprechung als wie in der inländischen gefunden, wenn gleich bei ersterem Falle die zu Grunde liegende Anregung kaum zu verkennen ist. Allein es bleibt der Regierung, welche redlich bemüht erscheint, über diesen wichtigen Gegenstand die öffentliche Meinung zu sondern, wohl kein anderer Ausweg, als die Hallen des offenen Sprechsaals auszudehnen, da der inländische allzu beschränkt erscheint. Um so mehr stellt sich auch die Nothwendigkeit heraus, daß ein allgemeiner industrieller Kongreß zu Stande komme, um die Positionen eines neuen Zolltarifs einer allseitigen Beleuchtung zu unterziehen. Von Seiten des gewerblichen Böhmens wird besonders deshalb darauf gedrungen, da nach gewissen ausländischen Blättern die reine Politik in Bezug auf Deutschland der Handelspolitik größere Konzessionen zu entlocken scheint, als aus dem Programm des Handelsministers hervorleuchtet. — Sämmtliche in Ungarn und Wien stehenden Kompagnien des 1. Feldartillerie-Regiments haben Marschordre nach Böhmen erhalten, um hier bei den betreffenden Brigaden des Observationskorps eingereiht zu werden. Dieses Regiment wird den Anfang mit den Reformen machen, welche gegenwärtig in der österreichischen Artillerie eingeführt werden. Eine jede Kompagnie wird mit einer Batterie ausgerüstet, welche von nun an nicht mehr aus 6, sondern aus 8 Geschützen bestehen wird. — Die Grafschaft Görz ist zur Kantonirung des 25,000 Mann starken 9. Armeekorps unter FML. Wocher bestimmt. Das Kastell von Görz erhält eine Ausrüstung von 19 Kanonen, eine Kompagnie Infanterie und die zur Bedienung erforderliche Artilleriemannschaft als Besatzung. — Der k. k. Ministerialrath v. Mihanovich ist am 21. Oktober in Konstantinopel eingetroffen und hat Tags darauf seine Funktionen in der doppelten Eigenschaft als kaiserlicher Generalkonsul und Direktor der Kommerzkanzlei der kaiserlichen Internunziatur angetreten.

* **Wien, 5. November.** [Die Flüchtlinge.] Eben eingehenden Nachrichten aus Semlin vom 1. d. hatte General Hauslab Widdin bereits verlassen, und war nach Orsova abgegangen. Der Rest der italienischen Legion, welche nicht österreichische Unterthanen waren, haben sich von Bem getrennt und sind nach Gallipoli, von wo sie nach Genua und Piemont transportirt zu werden verlangen, abgegangen. Kossuth befindet sich mit den übrigen magyarischen Chefs unter strenger Aufsicht noch in der Festung.

Frankreich.

× **Paris, 3. Nov.** [Die Eidesleistung der Gerichte. — Die Rede des Präsidenten. — Die Journale über das Programm des Ministeriums. — Hr. v. Persigny. — Aus Rom.] Das Ereigniß des heutigen Tages ist die heute vollzogene, wichtige Ceremonie der Installation der Gerichtbarkeit des Staates. Die feierliche Ceremonie ging im großen Saale des Justiz-Palais vor sich, dessen Zugänge von zahllosen Massen besetzt waren. Um 10 Uhr erschien der Präsident der Republik mit seinem Generalstabe. Anwesend waren der Erzbischof von Paris mit der ganzen Geistlichkeit, das gesammte Ministerum, das diplomatische Corps, die Mitglieder der Nationalversammlung und des Staatsraths, sämmtliche Gerichtshöfe von Paris und sämmtliche Gerichtspräsidenten und Generalprokuratoren von Frankreich, Deputationen der Universität ꝛc. — Der Justizminister sprach die Eidesformel und jeder der aufgerufenen Beamten antwortete: Ja, ich schwöre es! — Von Bedeutung bei dieser Ceremonie war nach den jüngsten politischen Ereignissen die Rede des Präsidenten. Sie lautete etwa folgendermaßen: „Meine Herren! Ich bin glücklich, mich heute in Ihrer Mitte zu finden und einer feierlichen Ceremonie zu präsidiren, die, indem sie die Gerichtsbarkeit restituirt, ein Prinzip herstellt, das nur durch eine augenblickliche Verwirrung verkannt werden konnte. In aufgeregten Epochen, in den Zeiten, wo die Bestimmungen über Recht u. Unrecht verwirrt erscheinen, ist es nützlich zu beweisen, daß gewisse Prinzipien eine unverwüstliche Kraft in sich tragen. Man liebt es, sagen zu können: die Fundamental-Gesetze des Landes sind erneut worden, alle Staatsgewalten sind in andere Hände übergegangen, und dennoch ist inmitten des Umsturzes und des Schiffbruchs das Prinzip von der Unabsetzbarkeit des Richterstandes aufrecht geblieben. — In der That, die Gesellschaften bilden sich nicht nach dem Spiel des menschlichen Ehrgeizes um; die Formen wechseln, die Sache bleibt. Trotz der seit 1815 vorgekommenen politischen Stürme, leben wir doch nur nach den durch das Konsulat und das Kaiserreich begründeten Institutionen; die Dynastien und die Charten sind vorübergegangen; was aber Alles überlebt und uns gerettet hat, das ist die Religion, die Organisation der Justiz, die Armee, die Verwaltung. — Verehren wir also, was unwandelbar ist, aber verehren wir auch, was in den eingeführten Veränderungen Gutes enthalten sein kann. Heute zum Beispiel, wo Sie aus allen Enden Frankreichs herbeigekommen sind, um vor dem ersten Beamten der Republik einen Eid zu leisten, so ist es nicht einem Menschen, dem Sie Treue schwören, sondern dem Gesetze. Sie kommen her, Angesichts Gottes und der Staatsgewalten zu beschwören, ein Mandat gewissenhaft zu erfüllen, dessen strenge Heilighaltung die französische Gerichtsbarkeit stets ausgezeichnet hat. Es liegt ein Trost darin, zu wissen, daß außerhalb der politischen Leidenschaften und der Bewegungen der Gesellschaft, eine Körperschaft existirt, die keine andere Leitung hat, als ihr Gewissen, keine andere Leidenschaft, als das Gute, kein anderes Ziel, als die Gerechtigkeit regieren zu lassen. Sie werden, meine Herren, in Ihre Departements zurückkehren; bringen Sie die Ueberzeugung dahin, daß wir aus der Aera der Revolution herausgekommen und in die der Verbesserungen eingetreten sind, die den Katastrophen zuvorkommen. Wenden Sie mit Festigkeit und Unpartheilichkeit die schützenden Bestimmungen unserer Gesetzbücher an. Es bleibe kein Strafbarer ungestraft und kein Unschuldiger werde verfolgt. Es ist Zeit, daß Diejenigen, welche das Gute wollen, beruhigt werden, und daß diese, welche ihre Meinungen und Leidenschaften an die Stelle des Nationalwillens setzen wollen, sich resigniren. Indem Sie die Gerechtigkeit in der großen Bedeutung dieses Wortes anwenden, meine Herren, werden Sie auch viel für die Befestigung der Republik thun, denn Sie werden die Achtung vor dem Gesetze in dem Lande befestigen, diese erste Pflicht, diese erste Eigenschaft eines freien Volkes!" — Wie Sie sehen, hat sich der Präsident heute als ein ganz anderer Redner gezeigt, wie unter dem einschüchternden Auditorium der Konstituante. Die Rede hat auch allgemein einen sehr günstigen Eindruck hervorgebracht und ist mit lautem Beifall aufgenommen worden. — Als Louis Napoleon den Saal verließ, wurde er auf der ganzen Tour bis zum Elysée von zahlreicher Menge mit dem Geschrei: „Es lebe die Republik!" begleitet. Einzelne Stimmen: „Es lebe Napoleon!" wurden von den republikanischen Manifestationen niedergehalten. Die Physignomie v. Paris ist heute auch schon besser. Allarmisten verkündigten heute Morgen einen Staatsstreich bei Gelegenheit der heutigen Ceremonie, doch nichts von den beunruhigenden Gerüchten hat sich bewährt. — An die neuen Minister gewöhnt man sich nach und nach, und ihre Mittelmäßigkeit schützt sie selbst vor Feinden. — Die Journale beschäftigen sich heute insgesammt eine Parallele zwischen der Botschaft des Präsidenten und dem ministeriellen Programm zu ziehen. Die Einen sehen in dem Programm nur eine Nachbildung der Botschaft; die anderen wollen im Gegentheil darin eine Anwandlung von Widerruf sehen. Welche Meinung nun auch die richtige sein mag, positiv ist jedenfalls, daß das ministerielle Manifest der Majorität als Mittel diente, sich dem Präsidial-Manifeste an-

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu № 260 der Breslauer Zeitung.

Mittwoch den 7. November 1849.

(Fortsetzung.)

zuschließen, das sie am ersten Tage nur mit der äußersten Zurückhaltung aufgenommen hat. Sämmtliche Hauptorgane der konservativen Partei wiederholen heute um die Wette, daß das Programm die Botschaft erläutert, berichtigt, ihr den individuellen Charakter nimmt, und die Solidarität zwischen dem Präsidenten und der Majorität wieder herstellt, indem der Politik der letztern eine feierliche Ehrenbezeugung abgestattet wird. Die Konservativen folgern denn hieraus auch, daß es zwischen dem Präsidenten und der Majorität gar keinen Zwiespalt gegeben habe. Es frägt sich nun, ob Louis Napolen Bonaparte mit dieser Interpretation zufrieden sein wird, die seine Initiative auf's neue zu verringern sucht. Die Journale der Majorität strengen sich heute an zu beweisen, daß die Botschaft des Präsidenten und die Politik der Rechten vollkommen im Einverständniß sind, gerade so wie sie neulich beweisen wollten, daß das motuproprio des Papstes und das Präsidialschreiben vom 18. August nur dasselbe ausdrücken. Allein indem der Präsident sein Ministerium gewechselt hat, wollte er eben darthun, was er von dieser Uebereinstimmung denke, die man ihm aufdrängen wollte. Es wäre also gar nicht so unmöglich, daß diese Kommentare der konservativen Journale eine neue bestimmte Deklaration des Präsidenten hervorriefen. — Herr v. Persigny ist an Stelle Rebillah's zum Polizei-Präfekten von Paris designirt. — In Rom haben neue Verfolgungen gegen die Juden stattgefunden. — Schließlich noch einige Details über die neuen Minister, die in ihrer bisherigen sekundären Stellung bei den politischen Parteien, zu wenig bekannt sind. General Hautpoul hat in der Armee den Namen eines guten Militärs. Seinen Antecedentien nach, gehört er der legitimistischen Partei an. Die provisorische Regierung hatte ihn aus dem Dienste entfernt; er ist gegenwärtig 61 Jahr alt. — Ferdinand Barrot, Bruder Odilon Barrots, ist bereits seit 30 Jahren Advokat, hat aber auf der Tribüne immer nur eine sehr sekundäre Rolle gespielt. Bei Gelegenheit der Präsidentschaftswahl sprach sich Ferd. Barrot im Siecle ganz entschieden für die Candidatur Bonapartes aus, und dem hat er es zu verdanken, daß er im Juni zum General-Sekretär der Präsidentschaft ernannt worden ist. Unter der Monarchie war er Schatz-Advokat. — Achille Fould gehörte in die Deputirtenkammer unter der Monarchie zu den Konservativen. Ueber Finanzen hat er öfter mit Talent gesprochen. Seit einigen Jahren macht er sehr bedeutende Bankiergeschäfte und er spekulirte immer auf die Baisse. An der Börse hat er viele Feinde. Er ist Jude. — Rouher, ein Advokat am Apellhofe in Riom, ist durch die Wahl zur Konstituante zum ersten Mal auf den politischen Boden gekommen. — Eben so verhält es sich mit Parrieu, der an demselben Apellhofe Advokat ist. — Rayneval, der gegenwärtig als Gesandter in Neapel fungirt, hat in dem diplomatischen Corps eine sehr gute Position. Auch wurde er erst dann zum Minister des Aeußeren designirt, als Personen von geringerer Bedeutung im diplomatischen Corps, und besonders Casimir Périer und Flavigny, ein ehemaliger Pair, das Portefeuille abgelehnt hatten. Möglich, daß auch Hr. v. Rayneval, wenn er seine Ernennung erfährt, ablehnt; vorläufig verwaltet Hautpoul auch das Aeußere. — Bineau, Minen-Ingenieur, gehörte in der ehemaligen Deputirtenkammer zum linken Centrum. In der Konstituante hat er fast niemals das Wort genommen. Er ist ein beschränkter Geist, mit dem schon zu unterhandeln ist. — Der Admiral Desfossés hat lange Zeit auf Madagaskar kommandirt, er ist ein distinguirter Seemann. — Dumas ist der Chemiker, dessen Gelehrsamkeit in Europa bekannt ist. Er ist auch als Redner aus den ehemaligen Kammern bekannt, in denen er bei verschiedenen Gelegenheiten als Regierungs-Commissär aufgetreten ist. — Außer Dumas, der aber nicht ein Wort von der Politik versteht, hat das neue Ministerium auch nicht einen Redner erster Ordnung.

Großbritannien.

London, 2. Nov. [Die englische Presse über Pariser Zustände.] Die Pariser Nachrichten haben in der City große Bewegung verursacht. Die Londoner Presse ist im Ganzen der Ansicht, daß der Kampf der Parteien in Frankreich jetzt erst losbrechen werde. Die „Times“ ist der Ansicht, daß der jetzige Konflikt zwischen Louis Napoleon und der Majorität der Versammlung eine nothwendige Konsequenz der mangelhaften Verfassung sei, welche zwei unabhängige Gewalten neben einander gestellt, die auf die Dauer nothwendig kollidiren mußten. Die Entscheidung dessen, was die nächste Zeit in Frankreich bringen wird, liegt in der Hand des Heeres, denn eine friedliche Lösung der bevorstehenden Entwickelungen ist nicht zu erwarten.

Man erwartet Kossuth hier mit dem Dampfschiffe „Sultan“, und will ihm in Southhampton ein öffentliches Diner geben. Sein Gesandter Pulßky befindet sich jetzt mit seiner Gemahlin auf einem Besuch bei dem Staatssekretär Marquis von Lansdowne.

Rußland.

Von der polnischen Grenze, 28. Oktbr. [Russische Truppen. Festungen. Eisenbahnen.] Die Verwickelungen im Süden müssen ihrer Lösung doch noch nicht so nahe sein als uns manche Blätter glauben machen wollen, wenigstens deuten die abgeschlossenen Kontrakte über großartige Lieferungen für die in Polen stehende russische Armee darauf hin, daß diese gewaltige Truppenmasse leicht die Bestimmung erhalten könnte, aufs neue zu einem Feldzug im Süden verwendet zu werden, indem fast alle Magazine in der Nähe der galizischen Grenze angelegt werden, und überdies das ganze Armee-Corps, welches im Norden des Königsreichs, im Gouvernement Augustowo, Winterquartiere beziehen sollte, Gegenbefehl erhalten hat und nunmehr auch diesseits der Weichsel, und zwar in nicht zu großer Entfernung von der Krakauer Eisenbahn, verlegt werden wird. Aus allen Anordnungen geht hervor, daß die Truppen sich gewissermaßen immer marschfertig halten müssen. Eine andere, für Preußen hochwichtige (schon früher mitgetheilte) Nachricht, die uns aus glaubwürdiger Quelle zugeht, ist die, daß nunmehr wirklich der Befehl gegeben sein soll, eine Anzahl längs der preußischen Grenze gelegener Städte im Königreich Polen mit Festungswerken zu versehen; unter denselben ist auch Kalisch, dessen Befestigung alsbald in Angriff genommen werden soll. Desgleichen soll es entschieden sein, daß die Zweigbahn des Warschau-Krakauer Schienenweges, welche nach dem bisherigen Plan auf Bromberg geleitet werden sollte, nunmehr, und zwar aus strategischen Gründen, von Lowicz auf Kalisch geführt werden soll. Noch vor kurzem hieß es mit Bestimmtheit, die Bahn werde von Lowicz auf Slupce gebaut werden zum Anschluß an die projektirte Bahn von Posen auf dem kürzesten Weg bis zur polnischen Grenze; inzwischen soll jetzt Kalisch vorgezogen sein, weil es gewissermaßen an drei Hauptstraßen liege: nach Posen, nach Glogau und nach Breslau. In Kalisch selbst liegt bis jetzt keine große Besatzung, da alle Truppen an die Eisenbahn herangezogen sind. Die Gesammtmasse der russischen Truppen in Polen beläuft sich, genauen Angaben zufolge, auf 160,000 Mann. (A. Z.)

Osmanisches Reich.

Konstantinopel, 17. Oktober. [Die Auslieferungsfrage] ist noch immer in der Schwebe. Das Benehmen der hiesigen Gesandten Englands und Frankreichs soll von ihren respektiven Regierungen vollkommen gebilligt und ihnen der Auftrag ertheilt worden sein, die Pforte auch fürderhin in gleichem Sinne zu unterstützen. General Aupick soll ferner, im Namen seiner Regierung, der Pforte zu der schönen Haltung Glück gewünscht haben, welche sie in dieser Angelegenheit eingenommen. Zudem sollen er sowohl als Sir Stratford Canning eifrig daran arbeiten, die Auslieferung jener Engländer und Franzosen zu erreichen, welche als Theilnehmer an dem ungarischen Insurrektionskampfe sich nun unter den Flüchtlingen in Widdin befinden. Mit Spannung sind die Augen des hiesigen Publikums auf das englische Geschwader in den jonischen Gewässern gerichtet, von dem man — mit Recht oder Unrecht — vermuthet, daß es auf den ersten Wink Sir Stratford Cannings im Archipel oder sonst wo erscheinen würde, um vorkommenden Falls, wenn nämlich die Pforte durch Drohungen vom Norden ins Schwanken geriethe, als Gegengewicht zu wirken. Alles dieses gebe ich Ihnen, wie gesagt, nur als Gerüchte, da begreiflicherweise ein diplomatischer Schleier die Verhandlungen der Kabinette sowohl, als ihrer Gesandtschaften deckt, und bevor Rußland und Oesterreich ihr letztes Wort gesprochen, eine Entscheidung der Sache noch immer ferne liegt. Gerüchtweise spricht man auch von Rüstungen der Pforte, die theils in Truppenaushebungen, theils in Beischaffung von Remontepferden für ihre Kavallerie und Artillerie bestehen sollen. Kein bloßes Gerücht, sondern Thatsache ist aber der ernste Charakter, welchen der Aufstand auf der Insel Samos angenommen hat. Eine Eskadre unter den Befehlen des Kapudana Bey, Mustafa Pascha, ist kürzlich dahin abgeordnet worden, und laut einer Kundmachung der Pforte ist die Insel vom 27. l. M. an in Blokadezustand erklärt. (A. Z.)

Lokales und Provinzielles.

Nachtrag zur Sitzung der Stadtverordneten am 1. Novbr.

(Beilagen.)

A.

In der Vertheidigungsschrift des Stadtraths Ludewig vom 23sten d. M. wird unter Anderem angeführt:

1) daß die Ausführung der Beschlüsse vom 11ten über die Stadt, wie über die ihrer Aufsicht und Fürsorge untergebenen Stiftungen unsägliches Unglück und den sichern finanziellen Ruin bringen würde, und dieses Alles: um den sehr zweideutigen Preis, die schlimme Lage des Stadthaushaltes auf einige Zeit zu verdecken;

2) wie einer Grundbestimmung bei Errichtung der Bank, nämlich:

„Beschaffung von Fonds zur Unterstützung des kleineren Gewerbestandes“ sehr hindernd in den Weg getreten werde, wenn die Fonds der Bank in so bedeutenden Summen, wie es jetzt der Fall, der Kämmerei-Hauptkasse aushelfen müssen, und letztere zugleich die für die Bank bestimmten Zuflüsse aus dem Bankgerechtigkeiten-Tilgungsfond zurückhalte.

Diese Vertheidigungsschrift ist durch zwei hiesige Zeitungen veröffentlicht worden, und es erscheint daher, um nicht Mißdeutungen über die städtische Verwaltung aufkommen zu lassen, unerläßlich: in der anstehenden öffentlichen Verhandlung über diese Schrift die wahre Sachlage zur Kenntniß des Publikums zu bringen.

Wir erachten uns in dieser Beziehung verpflichtet, Folgendes ganz ergebenst zu bemerken:

Zu 1. Nach dem der Stadtverordneten-Versammlung vorliegenden Bericht über die Kämmerei-Verwaltung für das Jahr 1848 hat die Stadt eine Schuldensumme von 1,161,663 Rthl.

Dieser Schuld gegenüber steht das Activ-Vermögen der Kommune.

Nach den Etats für das Jahr 1849, welche sich auf einen dreijährigen Durchschnitt gründen, und nach Abzug der, bei einer Werths-Ermittelung in Abrechnung zu bringenden außerordentlichen Aufwendungen gewähren einen Ertrag:

a) die Kämmereigüter und Forsten von	18,963 Rthl.
b) das städtische Grund-Eigenthum von	27,247 „
zusammen	46,210 Rthl.

Mit 4 Proz. zu Kapital berechnet, ergiebt sich ein Activ-Vermögen von 1,155,250 Rthl.

Die in öffentlicher Benutzung stehenden, einen Ertrag nicht gewährenden Grundstücke sind dabei nicht mit veranschlagt. Sollte dies geschehen, überhaupt der Werth des Besitzthums der Kämmerei genauer als hier geschehen konnte, ermittelt werden, so würde sich finden, daß das Activ-Vermögen derselben die ausgeworfene Schuldensumme bei Weitem übersteigt.

Ob eine Kommune in solchem Vermögenszustande sich in einer schlechten Lage befindet, möge zu beurtheilen Jedem überlassen werden.

Anlangend die laufende Verwaltung, so beträgt die schwebende Schuld der Kämmerei:

a) bei der Sparkasse gegen Verpfändung von 70,000 Rthl. in Stadt-Obligationen	84,000 Rthl.
b) bei der städtischen Darlehnskasse gegen Deposition von 183,075 Rthl. im Bank-Tresor	107,000 Rthl.
c) in . . . . Beiträgen des Bankgerechtigkeiten-Amortisations-Fonds, welche, für die Bank bestimmt, zur Zeit von der Kämmerei benutzt werden.	64,300 Rthl.
Zusammen	255,300 Rthl.

Dieser schwebenden Schuld gegenüber stehen:

a) die der Kämmerei eigenthümlich gehörigen Stadt-Obligationen im Gesammtbetrage von	253,200 Rthl.	
b) in niederschlesisch-märk. Eisenbahn-Actien 4800 Rthl. oder nach dem letzten Courswerthe von $84\frac{3}{4}$ Prozent . . .	4,068 Rthl.	
c) in Hypotheken ꝛc. .	12,582 Rthl.	
Zusammen . . .		269,850 Rthl.

Die Verwaltung bis zum 3ten Quartale d. J., worüber die Abschlüsse mit den Vorschlägen, wie die Einnahmen des Jahres 1850 mit den Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen und die wegen der Vorauszahlungen nöthigen Reserve.Fonds wieder zu beschaffen seien, der geehrten Versammlung in kürzester Frist zugehen werden, lassen mit Sicherheit annehmen, daß das Jahr 1849 noch mit einem, wenn auch geringem Bestande, also nicht einem Deficit abschließen werde.

Erwägt man dies, erwägt man ferner, die Aufwendungen der letzten Jahre auf Mühlenbau, auf den Bau der neuen Schulhäuser am Wäldchen, in der Neustadt und in der Tauenzienstraße, insbesondere aber die Opfer, welche der Beschäftigung brotloser Arbeiter im vorigen Jahre in einer Bausumme von 176,062 Rthl. zum großen Theile gebracht worden sind; erwägt man endlich: daß in diese Zeit die mit Kündigungen verbunden gewesene Convertirung der Stadt-Obligationen, so wie der außerordentliche Aufwand für die gegen die Cholera erforderlich gewesenen Anstalten getroffen und daß auch dies ohne Verlegenheit bestritten wurde, so wird man nicht umhin können, der städtischen Verwaltung ein besseres Vertrauen als das in oben bemerkter Vertheidigungsschrift ausgesprochene, zuzuwenden.

Die Kämmerei hat niemals auf den Bank-Fond gerechnet. Die Bank wurde vorzugsweise mit gegründet, um die Gewerbtreibenden der Stadt von den sie drückenden direkten Beiträgen zum Bankgerechtigkeiten-Amortisations-Fond zu befreien. Diese Beiträge sind mit dem 1. Januar d. J. gefallen und dieser Zweck mithin erreicht.

Wenn die Kämmerei aus der Darlehns-Kasse und an für die Bank bestimmten Geldern jetzt 171,300 Rthl. in Be-

nutzung hat, so hat dies allein darin seinen Grund, daß sie, um die Thätigkeit der Bank bei dem noch mangelnden Depot in Effekten nicht im ersten Erstehen, ganz zu lähmen, ihre Stadt-Obligationen in den Tresor niederlegte.

Die Kämmerei wäre leicht im Stande gewesen, sich die erforderlichen Baar-Mittel, welche sie mit 255,300 Rthlr. schuldet, durch Discontiren ihrer im Tresor und bei der Sparkasse deponirten Stadt-Obligationen und sonstigen Effekten zur Summe von 269,850 Rthl. zu verschaffen.

Nur konnte dies nicht bei der städtischen Bank geschehen. Ihr fehlte noch das Effekten-Depot.

Es hätte bei der königlichen Bank discontirt werden müssen.

Zu erwägen bleibt, was es für einen Eindruck gemacht haben würde, wenn die eigene Kommune nicht bei ihrer Bank discontiren kann, sondern zu einer fremden gehen muß, zu erwägen bleibt, der Nachtheil, welcher dadurch entstanden wäre, daß die Zinsen von 171,300 Rthl. einem fremden Institute gezahlt werden mußten, während sie jetzt in den städtischen Kassen bleiben.

Wenn das Effekten-Depot der Bank, insbesondere durch Anrechnung von einem Drittheile in discontirten Wechseln ergänzt sein wird, dann wird die schwebende Schuld sofort beseitigt werden.

Wie sehr uns daran gelegen, ergiebt der unter offenster Darlegung der Verhältnisse von uns gestellte Antrag vom 1. Januar d. J. auf die Zustimmung dazu, daß die Stadt-Obligationen der Kämmerei bei günstigem Course nach und nach verkauft werden dürfen.

Der Beschluß vom 11. Januar hat diese Zustimmung nach den sorgfältigsten Erörterungen durch eine besondere Kommission ertheilt.

Es wird mit dem Verkaufe nach Ergänzung des Bank-Tresors vorgegangen und so die schwebende Schuld, ohne irgend welche andere Opfer, als den nicht erheblichen Verlust am Course der Obligationen, getilgt werden.

Wie hiernach die Bank dazu benutzt worden sein soll, um die schlimme Lage des Stadthaushaltes auf einige Zeit zu verdecken, läßt sich nicht wohl begreifen.

Mit Offenheit sind die Verhältnisse in der sub C. beigefügten Denkschrift vom 30. v. Mts. dargelegt; nach dieser Denkschrift möge zugleich beurthetlt werden, ob die Bank geeignet ist, den Ruin der Institute herbeizuführen, ob die Kommune nach Ablauf der 14 Jahre, für welche das Privileg der Bank noch läuft, die 2 Millionen Noten zu bezahlen hat, oder ob nicht vielmehr, den inzwischen aufkommenden Gewinn der Bank ganz abgerechnet, dafür das zu haltende eine Drittheil baar Geld und die sichern Pfänder der Bank den vollen Werth decken.

Anlangend den Punkt zu 2, so muß er als unrichtig bezeichnet werden.

Nur durch die Niederlegung der Stadt-Obligationen der Kämmerei, im Tresor, konnte die Bank 183,075 Rtl. Noten disponibel machen und emittiren. Sie konnte es nicht, konnte mithin der Darlehnskasse die von der Kämmerei daraus bezogenen 107,000 Rthl. nicht zuwenden, wenn die Kämmerei bei der königlichen Bank zu discontiren gezwungen worden wäre, Darlehne auszugeben, beantwortet sich hiernach von selbst.

Schließlich die Bemerkung, daß wie die Bank-Deputation einstimmig, so auch wir die anliegenden Anträge vom 30. v. Mts. nach den sorgfältigsten Erörterungen, als der Kommune und dem Handel und Gewerbe ihrer Mitbürger in jeder Beziehung vortheilhaft anzuerkennen, uns gedrungen gefühlt haben.

Breslau, den 27. Oktober 1849.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenz-Stadt.

B.

Zur Prüfung und Beurtheilung der qu. Stadtrath Ludewigschen Angelegenheit bedarf die hierzu ernannte Kommission einen Aufschluß über folgende Fragen:

1. War Herr Stadtrath Ludewig in der Sitzung des Magistrats gegenwärtig, in welcher der Beschluß in Betreff der Bankangelegenheit gefaßt wurde, und hat derselbe ein Bedenken gegen diesen Beschluß erhoben?	ad 1. In dieser Sitzung — den 9. Okt. d. J. — war Herr Rath Ludewig gegenwärtig ohne jedoch ein Bedenken gegen den Beschluß in der Banksache zu erheben oder sich sonst bei der qu. Debatte zu betheiligen.
2. Wurde in dieser Sitzung oder vielleicht einer früheren, bei welcher Hr. Stadtrath Ludewig anwesend gewesen, der von dem rc. Völker beanspruchten Remuneration gedacht?	ad 2. Nein; die Völkersche Remunerationssache ist seit der Berathung des betreffenden Vertrages im Jahre 1848 im Magistrat **nicht** ventilirt worden.
3. **Wann** ist der von der Stadtverord.-Versammlung am 11. Oktbr. gefaßte Beschluß vor dem Magistrat verhandelt worden, war in dieser Sitzung Herr Stadtrath Ludewig gegenwärtig, und was ist in derselben insbesondere auch in Betreff der Völkerschen Remuneration verhandelt worden?	ad 3. Am 16. Oktbr. d. J. und zwar in Gegenwart des Herrn Rath Ludewig. Zur Sprache kam insbesondere der qu. Artikel in der Neuen Zeitung und wurde der Decernent beauftragt: über die Völkersche Kontraktssache aktenmäßigen Vortrag zu halten.
4. Wurde in der ad 1 erwähnten Sitzung des Magistrats beschlossen, die Stadtverord.-Versammlung zu veranlassen, die Bankangelegenheit in geheimer Sitzung unter Zuziehung des Magistrats zu verhandeln? und welches waren event. die Motive für die geheime Verhandlung?	ad 4. Ja und zwar aus Nützlichkeitsgründen, um der Stadt Breslau für Bewilligung der 2ten Million gegen andere Kommunen und Provinzen das Prävenire zu sichern und weil es sich um ein kaufmännisches, noch nicht vor die Oeffentlichkeit gehöriges Finanz-Projekt handelte.
Breslau, d. 28. Okt. 1849. **Gräff**, als Vorsitzender der genannten Kommission.	Breslau, d. 28. Okt. 1849. Bartsch. Anders. Frieboes. Friedenthal.

---

† **Breslau**, 6. Novbr. [Polizeiliche Nachr.] Am 3. d. wurde aus einer unverschlossen und aufsichtslos gelassenen Küche in dem Hause Nr. 16 am Ringe ein 9 Pfund schwerer messingener Mörser entwendet.

Am nämlichen Tage des Abends wurde in dem Hause Nr. 22 in der Ohlauer Straße eine Stube mittelst Nachschlüssel geöffnet und aus derselben eine Parthie Kleidungsstücke gestohlen.

Am 4. d., Mittags, ließ ein Landmann eine Radwer, auf welcher sich 2 Sack Roggen-Kleie befanden, vor einem Kretschamhause in der neuen Sandstraße aufsichtslos stehen, und ging seinen Geschäften nach. Als er nach ohngefähr 5 Minuten zurückkehrte, war die Radwer nebst Ladung verschwunden.

In dem Zeitraum vom 7. Oktbr. bis incl. 3. Novbr. d. J. sind überhaupt 284 Individuen (excl. des Bestandes vom 6. Oktb. c. von 54 Personen) polizeilich verhaftet worden, und zwar:

wegen Raubanfall, Einbruch, Diebstahl, Diebstahlsverdacht, Diebeshehlerei u. Ankauf gestohlenen Gutes	47 m.	17 w.
wegen Betrug	4 „	2 „
wegen Widersetzlichkeit gegen Abgeordnete der Obrigkeit	3 „	— „
wegen schwerer körperlicher Verletzung anderer Personen	2 „	— „
wegen Vergehen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung	15 „	1 „
wegen quartierlosem, resp. verdächtigem Herumtreiben zur Nachtzeit . .	58 „	31 „
wegen rückfälligem, quartierlosem Herumtreiben, u. lüderl. Lebenswandel	37 „	53 „
wegen erstem und rückfälligem Betteln	9 „	1 „
wegen Mangel an Legitimation .	4 „	— „
zusammen	179 m.	105 w.
Dagegen sind auf freien Fuß gestellt worden	85 „	47 „
mit Paß entlassen	26 „	16 „
transportirt	17 „	— „
an verschiedene Behörden überliefert	55 „	38 „
zusammen	183 m.	101 w.

** **Breslau**, 6. Novbr. [Wissenschaftliche Vorträge in der schlesischen Gesellschaft.] Die von der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur angekündigten Vorträge zur Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntniß in größeren Kreisen haben am jüngsten Sonnabend ihren Anfang genommen. Ueber die Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit solcher Vorträge überhaupt brauchen wir uns nicht erst auszusprechen, da die reiche Theilnahme des Publikums (der Musiksaal war überfüllt) Beweis genug für das Bedürfniß abgiebt, und wir werden bei unserer Berichterstattung vielmehr nur darauf zu sehen haben, ob die gewählten Gegenstände und die Vortragsweise jenem Bedürfnisse auch entsprechen.

Die ersten sieben Vorträge hält Herr Professor Stenzel über die Geschichte des deutschen Parlaments in Frankfurt a. M. Mit der Wahl dieses Thema's kann man sich nur einverstanden erklären. Wir Alle haben diese Geschichte mit durchlebt, wir Alle haben Theil daran und mehr oder weniger hat doch Jeder von uns hoffnungs- und erwartungsvoll auf die Versammlung in Frankfurt geblickt. Diese Hoffnungen und Erwartungen sind mit der Versammlung selbst geschwunden, aber eben darum ist es gut, einen Rückblick auf den Gang der Ereignisse zu thun und uns mit mehr Ueberlegung, als es im Drange der erregten Leidenschaften geschehen konnte, Das vor die Seele zu führen, was das deutsche Volk in jener denkwürdigen Zeit angestrebt hat. So trostlos dieser Rückblick auch für jetzt sein mag, so wird er in dem denkenden Menschen doch neue Anknüpfungspunkte für die Zukunft aufleben lassen und die eingeschlummerten Hoffnungen wieder erwecken. Die Völker können sich die Geschichte ihrer Unglücksepochen nicht genug erzählen lassen; es schützt sie vor dem Selbstvergessen.

Herr Prof. Stenzel war Mitglied des Frankfurter Parlaments, und der berühmte Geschichtsforscher wird uns demnach eine historische Darlegung nach unmittelbarer Anschauung geben können. Allerdings liegt hierbei die Gefahr nahe, lediglich eine Geschichte vom Standpunkte einer Partei aus zu erhalten. Allein dies ist nun einmal nicht zu umgehen, denn Jeder von uns, der auch nicht in der Paulskirche gesessen hat, gehörte mehr oder weniger einer Parteirichtung an. Es kommt daher bei der Geschichtserzählung auch nur darauf an, daß der Erzähler auf seinem Parteistandpunkt sich vor Einseitigkeit hüte und den Maßstab seiner Partei nicht für den absolut richtigen erkläre. Herr Professor Stenzel hat in einigen einleitenden Worten diesen Standpunkt im Allgemeinen auch als den seinigen bezeichnet.

Der Inhalt des ersten Vortrages gab in einigen großen und klaren Umrissen das Bild der schmachvollen Zerrissenheit Deutschlands bis zum Jahre 1848, und die Tage des Vorparlaments in Frankfurt. Da es nicht unsere Aufgabe sein kann, die geschichtlichen Notizen hier vollständig zu wiederholen, so bemerken wir nur zur Charakteristik des Vortrages, daß derselbe sowohl durch die frische und pikante Darstellungsweise, als auch durch die sichtbar tiefe Theilnahme des Vortragenden an der deutschen Sache einen sehr günstigen Eindruck hervorzubringen geeignet war. Der Bundestag und die ganze schamlose Wirthschaft desselben ist so prägnant und ohne jede Verhüllung dargestellt worden, daß gewiß Jedem der Anwesenden die Rückkehr eines solchen Zustandes verderblich und unheilbringend erscheinen muß, und es ist wahrlich gut, daß uns dieses auf eindringliche Weise in Erinnerung gebracht wird. — Von großem Interesse waren die Skizzen der schon im Vorparlament oftgenannten Männer, wie Mittermaier, Hecker, Struve, Welcker, Bassermann rc., und die Mittheilung über die politische Richtung dieser Männer. — Der Redner schloß den ersten Vortrag mit der Erzählung von dem feierlichen Einzuge des Parlaments in die Paulskirche, und wird das eigentliche Thema demnach erst in der nächsten Vorlesung beginnen. Wir sehen der Fortsetzung der Vorträge mit Vergnügen entgegen.

---

* **Breslau**, 6. November. [Die Ausstellung] des **Frauen-Vereins zur Unterstützung armer christkatholischer Schulkinder** im Zwinger-Saale empfiehlt sich sowohl durch Mannigfaltigkeit der Gegenstände, als durch den mäßigen Preis derselben. Handarbeiten aller Art, Wirthschaftsgegenstände, Portraits bekannter Männer rc. sind in hübscher Ordnung rangirt und bieten sich zum Verkaufe, und die schon verkauften Gegenstände doch noch zur Ansicht dar. Der Eintritt ist gegen ein beliebiges Entré frei, und der Wohlthätigkeitssinn der Breslauer wird sich gewiß diese Gelegenheit nicht entgehen lassen, auf die so nützliche wie angenehme Weise sich der armen Schuljugend geneigt zu zeigen.

---

§ **Breslau**, 6. November. [Konstitutionelle Ressource.] In der gestrigen Versammlung wurde zunächst das Resultat der neuerdings getroffenen Vorstandswahl mitgetheilt. Der Vorstand besteht nunmehr aus den Herren Greiff, Aderholz, Ruthardt, Fürst, Köhn v. Jaski, Molinari, Plathner, Voigt, Löwe, Somme, v. Frankhen, Rösler, Ludewig, Heimann, Dr. Grätzer, Prof. Wissowa, Oettinger, Scharff, Grund, Geier, Fromberg, Kempe, Schröter und Kämp. Als erster Gegenstand befand sich auf der Tagesordnung: die Kirchenfrage. Herr Rechtsanwalt Plathner lieferte eine Zusammenstellung der betreffenden Artikel in der Verfassung vom 5. Dezember mit den in der ersten Kammer gefaßten Beschlüssen. Hierauf sprach der Vorsitzende, Herr Appellationsgerichtsrath Greiff, seine Ansicht über die amendirten Artikel 11 und 12 der Verfassungs-Urkunde aus. Die Unterordnung der äußeren kirchlichen Angelegenheiten unter die Aufsicht der Staatsbehörde treffe namentlich die katholische Kirche. Diese sei von jeher aufs Vollständigste organisirt und müsse daher auch fernerhin unumschränkte Freiheit zur Aufrechthaltung ihres äußeren Organismus verlangen. Ueberhaupt könne auf kirchlichem Gebiet Inneres und Aeußeres nicht gut von einander getrennt werden. Insofern aber die katholische Kirche es nur mit der Ausbildung des innern Menschen zu thun habe, stehe sie ganz selbstständig neben dem Staate da. Man befürchtete zwar, die von der staatlichen Oberaufsicht unabhängige katholische Kirche werde auf Unkosten des eigenen Landes die Interessen des Katholizismus in fremden Ländern durch Verwendung bedeutender Summen zu fördern suchen. Allein selbst zur Zeit der Hierarchie sei dies nicht der Fall gewesen. Wenn man von der Unabhängigkeit der katholischen Kirche sich der Verfolgung staatsgefährlicher Zwecke versah, so habe man dabei an die Jesuiten gedacht. Im Mittelalter sei allerdings von dieser Seite viel gefehlt worden. Jetzt, wo die Preßfreiheit und noch viele andere Schutzmittel gegen die Uebergriffe einer jeden Gewalt zu Gebote stehen, sei es nicht an der Zeit, die Politik des Mißtrauens fortzusetzen. Man lasse daher die Kirche ganz frei und unabhängig vom Staate. Beide haben das höchste Interesse stets miteinander Hand in Hand zu gehen. — Herr Lehrer Stephan erinnert an den bekannten Ausspruch des Bischofs Eylert: „Hätten wir das Unsrige, hätten wir das Mögliche gethan, so wäre es nicht dahin gekommen u. s. w.“ — — Man habe die Wichtigkeit des kirchlichen Instituts verkannt. Zur Verhütung jener unruhvollen Zeit, wie sie das vorige Jahr aufzuweisen habe, würde auch die Kirche das Ihre beitragen, wenn man ihr die ursprüngliche Bedeutung wieder einräumen wollte. — Herr Kanonikus Baltzer unterscheidet zwischen Freiheit einer Korporation und Freiheit der Einzelnen. Wo man diese einseitig verlangt und durch das Gesetz ordnet, würde das Bestehen der Korporation in Frage gestellt. Als Grund habe man angeführt, die katholische Kirche mache den Einzelnen zum Sklaven und lasse ihn nicht frei werden. Man müsse also verlangen, daß sie nicht mehr Macht in sich trage, als man ihr ohne gefährliche Folgen für das allgemeine Staatswohl einräumen könne. Dies hieße aber der Kirche den Krieg ankündigen. Jede Religionsgesellschaft müsse ihre Korporationsgesetze aufrecht erhalten und daher gegen jedes staatliche Gesetz ankämpfen, welches dieselben aufzuheben geeignet ist. Uebrigens habe der Staat alle Ursache, der Kirche volle Freiheit zu gewähren. Er könne durch nichts gestützt werden, als durch die Kirche; denn ein Staat, der nur durch Bajonette und Kanonen regieren kann, würde nie auf einen grünen Zweig kommen. Die Wurzel der Pietät liege in der Religion. Seitdem aber die Pietät der Völker durch Mangel an Religion geschwunden, sei der Staat an den Abgrund des Verderbens gerathen. Werde jene durch die Kirche wieder hergestellt, so werde auch der Staat gerettet sein. Der Redner versichert am Schlusse seines Vortrages, daß von der katholischen Kirche, so weit er sie kenne, nichts zu befürchten sei. Selbst die Protestanten haben es ja anerkannt, daß seit der Reformation ein ganz anderer Geist in ihr herrsche. — Es entspann sich bei dieser Gelegenheit ein kurzer Disput über das Kirchengut dissentirender Gemeinden und man wünschte denselben in der Verfassung einen angemessenen Antheil an den Kirchengütern gewahrt, welche ursprünglich Eigenthum der ganzen Gemeinde waren. Herr Plathner spricht die Ansicht aus, daß es gerathener wäre, die Eigenthumsfrage in streitigen Fällen dem Rechtsspruch

zu überlassen. — Die deutsche Frage veranlaßte eine Reihe patriotischer Ergüsse, wobei namentlich auf die bevorstehenden Reichstagswahlen Rücksicht genommen und die konstitutionelle Partei zu einmüthigem Wirken aufgefordert wurde. An der Debatte betheiligten sich die Herren Greiff, Baucke, Stephan, Baltzer, Seier und Voigt. Aus dem Fragekasten: „Licht! Licht! so heißt jetzt der allgemeine Wahlspruch. Darum, Väter der Stadt, Lampen auf die Agnesstraße! Wie bringt man unsere Vormünder zu dieser Konzession?“ Herr Stadtrath Heymann machte bemerklich, daß jene Straße Privat- und nicht Communaleigenthum sei. Von vielen Seiten wurde jedoch erwidert, daß die Väter der Stadt wenigstens verpflichtet wären, die Eigenthümer der Straße zur Beleuchtung derselben anzuhalten. — „Wie verhält sich das absolute Veto der Krone zur Steuerverweigerung der Kammern?“ Ein Redner giebt zu, daß das absolute Veto eben so den Kammern wie der Krone zustehe. Die Exekutivgewalt aber, welche ausschließlich der Krone vorbehalten bleibe, könne nur durch das Steuerbewilligungs- resp. Verweigerungsrecht der Kammern aufgewogen werden. Dagegen erklärt der Vorsitzende, daß durch ein solches Recht die staatliche Existenz gefährdet wäre. Das Heer, welches die Exekutivgewalt unterstütze, könne ohne Sold nicht aufrecht erhalten werden. Daher dürfe man das Recht der Steuerverweigerung nicht als ein bloßes Gegengewicht gegen die Exekutive ansehen, es hebe dieselbe vielmehr auf. Herr Ruthardt sieht in der Steuerverweigerung eine leere Demonstration, die nicht durchführbar sei, ohne eine Menge von Privatinteressen zu verletzen. Auch die Herren Baltzer und Voigt sprachen gegen das Steuerbewilligungsrecht der Kammern. Eine Menge anderer Fragen wurde Behufs ausführlicher Erörterung der nächsten Tagesordnung vorbehalten.

B. **Breslau**, 6. November. Seit dem 20. vorigen Monats hat die Oberschlesische Eisenbahn-Gesellschaft durch ihre Beamten die vortreffliche Einrichtung getroffen, daß Güter, welche mit der Oberschlesischen Eisenbahn kommen, und auf die Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn übergehen, von letztgedachter Bahn auf dem Oberschlesischen Bahnhof Breslau schon in Empfang genommen werden, und auf diese Weise jede Vermittelung eines Spediteurs überflüssig geworden ist, wodurch den Absendern wie Empfängern nicht unbedeutende Kosten erspart werden. Wir können nicht unterlassen dies dem handeltreibenden und dem nicht gewerblichen Publikum mitzutheilen und dasselbe auf die nicht unbedeutenden Ersparnisse, so wie die dadurch erzielte schnellste Beförderung aufmerksam zu machen.

Breslau, 6. November. [Handelskammer.] In den beiden Sitzungen am 23. v. Mts. und am gestrigen Tage bildete einen Hauptgegenstand der Berathung eine Regulirung der Oder betreffende, an das Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten gerichtete Vorstellung. Dieselbe enthält den Antrag, daß das Ministerium den Plan der Regulirung den Kammern zur Genehmigung vorlegen, und bei denselben die Bewilligung der zu den Fluß-Bauten nöthigen Geldmittel nachsuchen möchte; — und wird demnächst in Abgang gebracht werden. — In der am 15. v. Mts. Statt gehabten Sitzung war ein Entwurf zu den Bedingungen für die Theilnahme an den Börsen-Versammlungen, welche von jedem Theilnehmer an diesen jährlich unterschrieben werden müssen, berathen, vielfach modifizirt und abgeändert worden. Der hiernach von Neuem redigirte Entwurf wurde in der gestrigen Sitzung abermals der Berathung unterstellt und soll in seiner jetzigen Fassung zunächst den Börsen-Kommissarien zur gutachtlichen Aeußerung übermittelt werden. Auf die Anträge der Handelskammer an die Breslau-Schweidnitz-Freiburger und Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn-Gesellschaft, daß dieselben die verfallenen Koupons ihrer Aktien außer in den zur Einlösung bestimmten Terminen bei der Entrichtung von Frachtgeldern in Zahlung nehmen möchten, lagen die Antwortschreiben vor. Es erklärt das Direktorium der **Breslau-Freiburger Eisenbahn-Gesellschaft, daß es, dem Wunsche der Handelskammer zu entsprechen bereit sei und ihre Güter-Expeditionen bereits mit entsprechender Anweisung versehen habe.** Die Antwort des Direktoriums der **Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft** lautet dahin, daß es mit den getroffenen Einrichtungen sich nicht vertrage, die verfallenen Coupons außer an den zur Einlösung bestimmten Terminen bei den Tageskassen in Zahlung zu nehmen, — daß indessen diese Coupons auch nach Ablauf der gedachten Termine bei der Hauptkasse in Berlin zu realisiren wären, — es zu andern Anordnungen sich aber nicht herbeilassen könne, da die Einnehmer nicht im Stande seien, die Gültigkeit der Coupons zu prüfen. — Die Handelskammer hatte sich ferner an die zuletzt gedachte Eisenbahn-Gesellschaft mit dem Gesuche gewandt, daß sie die Benutzung ihres elektrischen Telegraphen zur täglichen Beförderung der Berliner Börsencourse hierher gestatten möchte. Auch in dieser Angelegenheit lag das Antwortschreiben vor. Es spricht die Geneigtheit aus, den Gebrauch des Telegraphen zu dem gedachten Zwecke unter den vom Staate für die bereits zur Privat-Korrespondenz frei gegebenen Telegraphen gestellten Bedingungen zu verstatten und stellt anheim, zunächst die Genehmigung des Handels-Ministerii einzuholen. Es wurde beschlossen, sich deshalb sofort an dieses zu wenden, von welchem schon in einer früheren Vorstellung die Förderung des Unternehmens erbeten worden war. — Das gedachte Ministerium erfordert das Gutachten der Handelskammer darüber, ob es zweckmäßig und gerathen erscheine, die für die Großmessen des Zollvereins nachgegebenen Zoll-Contirungen auf eine Großmesse in Köln, deren Einrichtung beantragt worden, auszudehnen? Die Vorberathung dieser Angelegenheit beschloß man einer aus sechs Mitgliedern bestehenden Kommission aufzutragen.

Die Maschinenspinnereien in Schlesien.

Trotz aller Anfechtung erwarb sich die Seehandlung ein ungemeines Verdienst um die deutsche Leinen-Industrie, durch Einführung der Maschinenspinnereien:

Die Flachsgarn-Maschinen-Spinnerei in Erdmannsdorf beschäftigt 6920 Feinspindeln.

Außerdem besitzt die Seehandlung in Schlesien die mechanischen Flachsspinnereien in Landeshut und Patschkey bei Bernstadt.

Landeshut beschäftigt	5,236	Feinspindeln
und	368	Spindeln zur Zwirn-Erzeugung,
Patschkey beschäftigt	2,464	Spindeln.

Gesponnen werden: in Erdmannsdorf

Flachsgarne	in den Nummern	22 bis	100
Werggarne	„ „	10 bis	70
in Landeshut:			
Flachsgarne	„ „	22 bis	120
Werggarne	„ „	8 bis	65
in Patschkey:			
Flachsgarne	„ „	20 bis	45
Werggarne	„ „	4 bis	25
Trockengarne	„ „	4 bis	10

Das Quantum, welches jährlich in den Maschinenspinnereien erzeugt wird, beträgt circa 1 $\frac{1}{5}$ Schock pro Spindel.

Außer den gewöhnlichen Garnen zum Verweben im rohen Zustande werden Garne in den erforderlichen Qualitäten zum Bleichen und Zwirnen angefertigt; auch können Garne in der vorzüglichsten Qualität durch Verwendung besseren Flachses bei Anlegung angemessener Preise gesponnen werden.

Die Landeshuter Spinnerei liefert ferner auf 368 Spindeln circa 170 Schock Zwirn.

Der deutsche Leinwandhandel kann nur durch Vermehrung der mechanischen Spinnereien gehoben werden.

England besitzt	1,200,000	Spindeln in Flachs.
Belgien „	90,000	„ „
Der Zollverein u. Preußen	60,000	„ „

Man urtheile! P. C.

△ **Liegnitz**, 3. Novbr. [Der Bürgermeisterposten. — Die christkatholische Gemeinde.] Die Suspendirung des Bürgermeisters Krüger bildet noch immer das allgemeine Stadtgespräch. Herr Assessor Bornemann wurde wiederholt ersucht, das Interemistikum unter der Bedingung zu übernehmen, daß man ihm durch eine geeignete Person die nöthige Assistenz gewähren wolle. Auf diese Bedingung ist denn nun auch Assessor Bornemann eingegangen und verwaltet derselbe seit gestern den Bürgermeisterposten und das Polizei-Direktorat. Bürgermeister Krüger soll, im Vertrauen auf seine Schuldlosigkeit, der ihm bevorstehenden Disciplinar-Untersuchung mit Ruhe entgegensehen. — Seit kurzer Zeit fängt die hiesige christkatholische Gemeinde wieder an, durch namhaften Zutritt an Ausdehnung zu gewinnen. Es sind in den letzten Wochen nicht nur eine Menge einzelner Personen, sondern auch eine namhafte Anzahl von Familien von andern Konfessionen in dieselbe übergegangen. Der von der betreffenden Gemeinde neu erbauten, in der Hainauer Vorstadt gelegenen schönen Kirche hat es bis jetzt noch an einer entsprechenden Orgel gefehlt. Diesem Uebelstande soll aber mit Nächstem abgeholfen und durch freiwillige Beiträge, deren auch Nicht-Christkatholiken namhafte zeichnen, die nöthige Summe zum Baue einer neuen entsprechenden Orgel gewonnen werden.

---

† **Aus dem Nimptscher Kreise**, 3. November. [Ein Unglücksfall.] Zu Rothschloß ereignete sich am 28. Oktober folgender trauriger Fall. Der dortige Besitzer Amtsrath Braun hält sich bei seinem Schloß eine Anzahl Hirsche in einer Umplankung. Ein sehr böser Brunsthirsch der schon zu wiederholtenmalen seine Wuth an seinen Mitgefangenen ausgelassen hatte, und der sich schon 8 Jahre hier befindet, hatte ein Brett an der Planke gelockert. Es wurde also am genannten Tage der Hofeschmied Fröhlich, der schon seit langen Jahren hier als Schmiedemeister wohnhaft ist, beauftragt, das Brett wieder zu befestigen, dies muß von innen geschehen. Doch kaum hat der Mann seine Arbeit begonnen, als der Hirsch auf ihn eindringt, ihn zu Boden wirft und seinen Leib mit seinem Geweih durchwühlt. Durch das entsetzliche Geschrei des Unglücklichen kommen allerdings Leute vom Hofe herbei, doch wagt es nur der Kutscher, sich auf den Hirsch zu stürzen, ihn beim Kopf zu packen und zurückzureißen. Jetzt springt der Hirsch herum und stößt den entschlossenen Kutscher zu Boden; dieser weiß zu seinem Glück die Bestie zu greifen und am Boden liegend in die Oberlippe zu beißen und fest zu halten, wo man sich nun des Hirsches bemächtigt und denselben sogleich erschießt. Der Schmied Fröhlich starb nach zwei Stunden, er hinterläßt eine Frau mit mehreren Kindern.

[Eine Reklamation.] In der Beilage zu Nr. 231 Ihrer Zeitung befindet sich in den Lokalnachrichten unter der Rubrik: „Katholischer Central-Verein“ folgendes Referat:

„Mit Bezugnahme auf einen Vorfall in der Schwurgerichts-Sitzung zu Ratibor, woselbst der ehemalige Abgeordnete v. Kirchmann den Zeugeneid zweier Katholiken, welche gegen einen Rongeaner als Belastungszeugen auftraten, dadurch zu entkräftigen suchte, daß er die Gehässigkeit der Römisch-Katholischen gegen Letztere hervorhob, beantragte der Redner u. s. w.“

Diese Mittheilung, die mir erst vor Kurzem bekannt geworden, ist durchaus unwahr. Ich habe nie einer Schwurgerichtssitzung präsidirt, und in den mündlichen Verhandlungen zweiter Instanz bei dem Appellationsgericht, die ich in Kriminalsachen leite, ist bis jetzt nie von einem Betheiligten angegeben worden, daß er Rongeaner sei, und nie ist auf einen solchen Umstand von mir die Unglaubwürdigkeit eines Zeugen hergeleitet worden.

Ich bitte eine geehrte Redaktion, diese Berichtigung, die ich meinem Amte schuldig bin, in das nächste Blatt gefälligst aufzunehmen.

Ratibor, den 3. Nov. 1849.

Der Appellations-Gerichts-Vice-Präsident
v. Kirchmann.

Breslau. Der Registrator und Kr.-G.-B.-Vorsteher Schmidt in Militsch, als Agent der Magdeburger Feuer-Versicherungs-Gesellschaft bestätigt. Der Kaufmann F. G. Senftleben in Steinau hat die Agentur der Magdeburger Feuer-Versicherungs-Gesellschaft niedergelegt. Den Kfm. Warmuth in Steinau a. O. als Agent der preuß. National-Versicherungs-Gesellschaft zu Stettin bestätigt. Der Pfarrer Kern zu Kreuzburg zum Superintendenten der Ephorie Kreuzburg ernannt.

Bestätigt: der auf 6 Jahre zum Bürgermeister in Auras gewählte Lieut. a. D. Roy; der bisherige Adjuvant Reinhold als katholischer Schullehrer, Organist und Küster zu Briesnitz, Kreis Frankenstein; der bisherige kathol. Schullehrer zu Tampadel, Baumert, in gleicher Eigenschaft als Schullehrer und Organist in Groß-Wierau, Schweidnitzer Kreises; der seitherige interimistische Lehrer Lichtenfeld als evangelischer Schullehrer und Organist in Strauseney, Glatzer Kreises; der bisherige interimistische Lehrer Gerlach in Guhren, Steinauer Kreises, als wirklicher evangelischer Schullehrer daselbst; der bisherige Schulamts-Kandidat Schönberg als zweiter Lehrer an der evangelischen Elementar-Schule Nr. 13 hierselbst; der bisherige interimistische Lehrer Bünting als wirklicher Lehrer der evangelischen Schule zu Schwentroschine, Trebnitzer Kr.; der auf sechs Jahre gewählte unbesoldete Rathmann Marwan zu Wilhelmsthal.

Verdienstliches. Der Zimmergeselle Friedrich Riemer hierselbst hat am 4. d. Mts. mit eigner Lebensgefahr die 6jährige Tochter der Wittwe Schlack aus den Fluthen der Oder vom Tode des Ertrinkens gerettet. Für diese verdienstliche der Nacheiferung würdige Handlung ist dem Friedrich Riemer eine Prämie von 5 Rtl. bewilligt worden.

(Vermächtnisse und Geschenke.) Der Rittergutsbesitzer v. Thielau auf Ober- und Nieder-Lampersdorf, Frankensteiner Kreises, hat zwei hypothekarisch eingetragene Schuldforderungen von 25 Rthl. und 30 Rthl. der dasigen evangelischen Schule geschenkt. Der Rittergutsbesitzer Bierhold zu Klein-Wangern, Wohlauer Kreises, hat der städtischen Armen-Kasse zu Tschirnau, Guhrauer Kreises, 100 Rthl. geschenkt. Die zu Schweidnitz verstorbene bürgerliche Hausbesitzerin, unverehelichte Elisabeth Steinbrück, hat der dortigen städtischen Armen-Kasse ein Legat van 20 Rthl. letztwillig zugewendet. — Der zu Schweidnitz verstorbene vormalige Tischlermeister Johann Gottl. Tscheche hat dem dasigen städtischen Bürgerhospital 5 Rthl. legirt. — Dem schlesischen Verein für Blinden-Unterricht haben letztwillig vermacht: a. der Branntweinbrenner Heinrich Preuß zu Neudorf-Kommende bei Breslau in seinem am 28. April 1849 eröffneten Testamente 10 Rthl.; b. der Kaufmann Daniel Willert hier in seinem den 3. Novbr. 1847 eröffneten Testamente 100 Rthl.; c. der Regierungs-Kalkulator Holtzhey in seinem am 21. August d. J. eröffneten Testamente 30 Rthl.

Liegnitz. Die Stellvertretung des bei der Gerichts-Kommission zu Meffersdorf, Kreis Lauban, angestellten Polizei-Anwalts Mathaeus ist dem Haupt-Steuer-Erheber und Schiedsmann Neumann in Bergstraß übertragen worden. — Der Lotterie-Unter-Einnehmer Bolz zu Greiffenberg als Rathmann daselbst; der bisherige interimistische Schullehrer Hunger als evangelischer Kantor, Organist, Küster und Lehrer zu Liebenthal; und der bisherige Adjuvant zu Ochelhermsdorf, Tietsch, als Adjuvant an der evangelischen Schule und Kirche zu Freiwaldau, Saganer Kreises, bestätigt.

Mannigfaltiges.

— Ein schreckliches Unglück hat nach Briefen aus Philippeville (Algerien) am 20sten Oktober Stadt und Umgegend heimgesucht. Nach lang anhaltender Dürre erhob sich am 14., mit bis dahin nie erfahrener Gewalt, ein glühender Sirocco. Der bekannte Brauch der Araber, eine solche Gelegenheit zu benutzen, um ihre Berge und Ebenen von Disteln und Dornen zu befreien, indem sie dieselben in der Richtung des Windes anzünden und diesem das Werk der Ausrottung überlassen, ließ schlimme Befürchtungen in den geängsteten Bewohnern aufsteigen. Nur zu bald sollten diese eine schreckliche Bestätigung finden. Ein rother Feuerschein färbte die Spitzen der Berge, die das Thal von Oued Zeramna bilden. Mit verdoppelter Gewalt schien der Südwind das Element der Zerstörung vor sich her zu jagen. Schwarze Rauchwolken verfinsterten die Luft und weithin sprühte ein Funkenregen den Berg herab über die Ebenen dahin, überall zündend. Die ganze Landschaft bis zu dem Gemäuer der Pepiniere war bald nichts als eine glühende Esse. In der Stadt rief die Trommel Alles zusammen, was noch Muth und Kraft besaß, der Gefahr entgegenzutreten. Die besten Männer waren draußen. Die Frauen mit ihren Kindern im Arm flüchteten schreiend und wehklagend dem Meere zu. Aschen- und Sandwirbel verbargen zuweilen die Flammen selbst

und hüllten Stadt und Meer in grauenvolle Dunkelheit ein. Schon hatten die Flammen die Mauern der Stadt übersprungen und die nächsten Gärten vernichtet. Alles schien verloren. — Da sprang der Wind um, löschte selbst die Flammen oder trieb sie in anderer Richtung weiter. Bis gegen 8 Uhr Abends wütheten die Elemente fort. Da legte sich der Wind und das Werk der Zerstörung war beendigt. Hier und dort in der Ebene bildeten die Ueberreste von Heuschobern und dichteren Baumgruppen vereinzelte Feuerstellen, sonst hüllte dichter, schwarzer Rauch die Bergabhänge und Ebenen ein.

— Am 29. Oktober wurde in Stettin ein angeblicher Kaufmann Friedmann aus Christiania verhaftet, der einem Kaufmann in Stralsund 58 Pfund werthlose Metall-Komposition statt Silber für 850 Thaler verkauft hatte. — In Stettin hat sich aus demokratischen Elementen ein sogenannter Bildungs-Verein gebildet, der sich jedoch statutenmäßig von aller Politik fern halten will. C. C.

— In einem früheren Blatte erwähnten wir, daß die Straßenreinigung von Berlin 120,000 Rtl. kostet, während man in Brüssel von Seiten des Unternehmers noch Geld heraus bezahlt. Damit enden unsere Betrachtungen nicht, sondern wir halten es nicht unter unserer Würde, bis in den Rinnstein hinabzusteigen. Rom, London und Paris haben ihre unterirdischen Kloaken, Berlin entbehrt derselben, weil der Wasserspiegel der Spree zu hoch liegt. Dagegen würde es um so ausführbarer sein, an verschiedenen Punkten außerhalb der Stadt Systernen zu graben, in welche das trübe Wasser sich sammelte. Vermittelst einer kleinen Dampfmaschine und Druckpumpe wäre dasselbe auf die umliegenden Sandsteppen zu leiten, und ganze Quadratmeilen könnten auf diese Weise in Gartenland verwandelt werden. Andere kleine Dampfmaschinen könnten, gleichwie in Paris von den großen Wasserwerken aus geschieht, periodisch frisches Wasser durch den Rinnstein jagen, und der Gesundheitszustand der Bevölkerung wäre verbessert. — Das, was wir vorgeschlagen haben, und bereits im vorigen Jahre mündlich dem Ministerium des Innern zur Beachtung vorschlugen, ist bereits in England zur Ausführung gebracht; wir empfehlen den Vätern der Stadt die baldige Nachfolge. P. C.

Oberschlesische Eisenbahn.

In der Woche vom 28. Okt. bis 3. Nov. d. J. wurden befördert 6328 Personen, und eingenommen 16465 Rtlr.

Im Monat Oktbr. betrug die Frequenz 32,910 Personen, und die Gesammt-Einnahme 72,094¾ Rtlr.

Neisse-Brieger Eisenbahn.

In der Woche vom 28. Okt. bis 3. Nov. d. J. wurden befördert 1294 Personen und eingenommen 995 Rtlr.

Im Monat Oktbr. betrug die Frequenz 5,850 Personen, und die Gesammt-Einnahme 4,193½ Rtlr.

Krakau-Oberschlesische Eisenbahn.

In der Woche vom 28. Okt. bis 3. Nov. d. J. wurden befördert 1248 Personen und eingenommen 6679 Rtlr. incl. 3879 Rtlr. für Militär-Transporte aus früherer Zeit.

Im Monat Oktbr. betrug die Frequenz 8052 Personen, und die Gesammt-Einnahme 19151 Rtlr. incl. Militär-Transporte.

Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn.

In der Woche vom 28. Okt. bis 3. Nov. d. J. wurden befördert 2611 Personen und eingenommen 2810 Rtlr. 6 Sgr. 5 Pf.

Im Monat Oktbr. d. J. benutzten die Bahn 13219 Personen. Die Einnahme betrug

	Rtlr.	Sgr.	Pf.
1) an Personengeld	6205	8	—
2) für Vieh-, Equipagen- und Güter-Transport (117,314 Ctr. 99 Pfd.)	6511	24	6
zusammen	12717	2	6

Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn.

Die Frequenz auf der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn betrug in der Woche vom 21. bis 27. Oktbr. d. J. 9575 Personen und 39087 Rtlr. 10 Sg. 11 Pf. Gesammt-Einnahme für Personen-, Güter- und Vieh-Transport ꝛc. vorbehaltlich späterer Feststellung durch die Kontrole.

Wilhelms-Bahn.

Im Monat Oktbr. fand auf der Wilhelms-Bahn folgende Frequenz statt. Es wurden befördert:

6021 Personen und 1769 Mann Militär für	5250 Rtlr.	21 Sgr.	— Pf.
Gepäck, Vieh und Equipagen für	797 =	29 =	9 =
45530 Centner Fracht für	5374 =	3 =	7 =
Gesammt-Einnahme	11422 =	24 =	4 =

Inserate.

Bekanntmachung.

Bei Revision der Backwaaren im vergangenen Monat hat sich bei den meisten Bäckern ein Mehrgewicht gegen ihre Selbsttaxen herausgestellt.

Für den Monat November bieten die hiesigen Bäcker nach ihren Selbsttaxen dreierlei Sorten Brot zum Verkauf und zwar für 2 Sgr.:

Größtes Gewicht,

von der ersten Sorte:
Gloweke, Friedr.-Wilh.-Str. Nr. 60, 3 Pfund 2 Loth.
von der zweiten Sorte:
Lewald, Goldne Radegasse Nr. 11, 3 Pfund 16 Loth.
von der dritten Sorte:
Würfel, Scheitnigerstr. Nr. 10, 4 Pfund 20 Loth.

Kleinstes Gewicht,

von der ersten Sorte:
die Bäckermeister Abel, Baumann, J. G. Förster, Sim. Förster, Theod. Förster, Grimmig, Huber, Hartmann, Keeser, Pohl, Pommer, Rösler, Rüster, Schramm, Schüchner, Steinert, Siebenhüner, Schindler, Schmütterer, Schübel I., Saturn, Schirmer, Schweigert I., Vetter, Würzbach, Woiwode, Wiedermann, Wittwe Weitzel } 2 Pfund.
von der zweiten Sorte:
Haase, Schmiedebr. Nr. 11, 2 Pfund 6 Loth.
von der dritten Sorte:
Schübel I., Ritterplatz Nr. 11, 3 Pfund.

Breslau, den 3. November 1849.

Königliches Polizei-Präsidium.
v. Kehler.

Gestern entschlief nach kurzem Krankenlager der Stadt-Baurath Henning, im kräftigen Mannesalter. In ihm verliert die Stadt einen, ihrem Wohle sich aufopfernden, ausgezeichneten Beamten, wir aber beklagen den Verlust eines treuen Freundes und lieben Amtsgenossen. Der beste Dank folgt ihm nach und sein Andenken wird stets gesegnet sein.

Breslau, den 6. November 1849.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenz-Stadt.

Versammlung der Stadtverordneten am 8. November.

Verzeichniß der wichtigeren Vorlagen:

1. Bescheid des Herrn Handelsministers auf das Gesuch der Stadtbehörden, betreffend die Errichtung eines besonderen Bahnhofes der Posen-Breslauer Bahn, in der hiesigen Odervorstadt.
2. Denkschrift des Magistrats zu Posen, betreffend den Bau der Bahn von Posen nach Breslau.
3. Bedingungen zur weiteren sechsjährigen Verpachtung der Teichäcker.
4. Antrag auf Wahl eines unbesoldeten Stadtraths.
5. Wahl eines Mitgliedes der Sicherungs-Deputation.
6. Wahl zweier Vorsteher für die evangelische Elementarschule Nr. 20.
7. Anstellung eines dritten Forstschutz-Beamten zu Riemberg.
8. Bewilligung von Gehaltszulagen, Remunerationen ꝛc.
9. Gutachten der gemischten Kommission über die Beschaffenheit des von den Bewohnern am Neumarkte zu einer Kornbörse offerirten Lokals.
10. Kommissions-Gutachten
    über das Gesuch einiger Kaufleute um bessere Beleuchtnng der Schwertstraße,
    über die Fortsetzung der Aufforderung zur freiwilligen Verzichtleistung auf die Steuer-Exemtion, und
    über die erhobenen Ansprüche an das jetzige Vermögen der Bäcker-Innung zu dem Bankgerechtigkeiten-Ablösungs-Fonds.

Der Vorsteher Dr. Grätzer.

Anzeige.

Zur Erinnerung an Robert Blum wird Freitag am 9. November d. J. eine Gedächtnißfeier im Wintergarten stattfinden. Eintrittskarten à 5 Sgr. sind zu haben bei den Herren Buchhändler Schumann, Albrechtsstr. 53, Buchhändler Trewendt, Albrechtsstr. 39, Kaufmann J. Steiner, Schweidnitzerstraße 5, Buchhändler P. Scholz, Kupferschmiedestr. 17, bei W. Cholewa, König Salomo-Apotheke, neue Sandstr. 9, Goldarbeiter Heinke, Riemerzeile 18, im Sekretariat, Ritterplatz 1 und Abends an der Kasse. Da die Einnahme zur Einrichtung einer gemeinnützigen Stiftung bestimmt ist, so wird jeder Mehrbetrag dankend angenommen. Kassenerröffnung Mittag 4 Uhr, Anfang 6 Uhr. Das Nähere wird das Programm enthalten.

Breslau, den 6. November 1849.

Das Komitee.

Die Militär-Werkstätten.

Der Erwiederung auf das Promemoria des Herrn Kriegsminister v. Strotha von der Schuhmacher-Innung zu Breslau (Breslauer Ztg., Nr. 258, zweite Beilage vom 4. Nov. d. J.) tritt aus vollster Ueberzeugung bei:

Die Riemer-Innung in Breslau.

Im Verlage von G. P. Aderholz in Breslau ist soeben erschienen:

Ergänzungen und Erläuterungen der preußischen Rechtsbücher.

Dritte Ausgabe. 20ste (letzte) Lieferung.

Das Ganze in 10 Bänden. Preis 30 Rthlr., enthält: 1—5r Band **Landrecht.** 6r Band **Kriminalrecht.** 7r und 8r Band **Gerichts-Ordnung.** 9r Band **Hypotheken- und Deposital-Ordnung.** 10r Band chronologisches Register und Sach-Repertorium.

Dr. C. F. Koch, Formularbuch für instrumentirende Gerichts-Personen und Notarien,

mit kurzen Angaben über die Erfordernisse der einzelnen Urkunden und mehrerer als Anhang beigefügten Tax-Instrumenten. **Dritte vermehrte und verbesserte Ausgabe.** gr. 8. geh. Preis 1 Rthl. 10 Sgr.

Dieser mit Bezug auf die neue Gesetzgebung bearbeiteten neuen Auflage ist die Notariats-Ordnung vom 11. Juni 1845 beigefügt, auch ist sie durch Zusätze in Ansehung der Beglaubigung der Heirathen, Geburten und Sterbefälle vermehrt.

4½ proc. Zehn-Gulden-Anlehens-Loose,

solidarisch garantirt von Sr. k. H. dem Prinz von Preußen, Herzog von Nassau, Herzog von Koburg ꝛc. Jährlich zwei Prämien-Ziehungen. Hauptgewinne 25,000 Fl., 20,000 Fl. 18,000 Fl., 16,000 Fl., 15,000 Fl. ꝛc., geringste Prämie 12 Fl. oder 7 Thlr. Die nächste Prämien-Ziehung findet am 15. November in Wiesbaden öffentlich unter Leitung der herzoglichen Verwaltungs-Behörden statt, und sind die Original-Obligations-Loose gegen Einsendung von 6 Thlr. pro Stück bei dem unterzeichneten Handlungshause zu beziehen.

Moritz J. Stiebel, Banquier in Frankfurt a. M.

Wollene gewirkte **Unterhemden** und **Jacken**, dergleichen **Beinkleider, Strümpfe, Socken** und **Leibbinden** empfiehlt billigst:

Eduard Kionka, Ring Nr. 42.

Warnung für Gehörkranke.

Da sich mehrere Personen in Deutschland, namentlich die Herren **Amuel** in Berlin, **Frankenheim** in Bleicherode bei Nordhausen unterstanden haben, meine Instrumente nachzumachen, ja zum Theil sich für die Erfinder der kleinen Schallleiter (Porte voix en miniature) auszugeben, finde ich mich veranlaßt zu erklären, daß ich solche vor 10 Jahren in England erfunden habe, und daß sie seitdem sowohl dort, als in Frankreich und Belgien, unter dem Namen der **Abrahams** im Gebrauch und beliebt sind. Seit einigen Monaten habe ich dieselben nach Deutschland eingeführt, und nun treten diese Herren als Erfinder auf. Da nun die Thatsache diese Herren richtet, habe ich nichts weiter zu bemerken, als daß, wer wirkliche Abrahams zu haben wünscht, solche nur allein durch die **Expedition der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung** und bei **Abraham** (pr. Adresse des Hrn. Fr. Flecken) Neupforte Nr. 885 in **Aachen** und sonst **nirgends** in ganz Deutschland erhalten kann; sowie selbige ebenfalls bei **Abraham**, Rue Neuve St. Justine No. 34 Faubourg de Namur in **Brüssel** und **Abraham**, Cours de Tournay No. 12 in **Bordeaux** zu haben sind.

Der Preis ist für das Paar in Gold 8 Thlr., in vergoldetem Silber 5 Thlr. und in Silber à 4 Thlr.

B. Abraham.

Zu Kirchen-Ornamenten

empfiehlt ihr reichhaltiges Lager von **Lyoner Gold- und Silber-Tressen, Franzen, Quasten** ꝛc.

die Gold- und Silber-Manufaktur von
Heinrich Zeisig, Ring Nr. 49.

Wollene Gesundheitsjacken

und Beinkleider für Herren und Damen, elastische wollene Leibbinden, wollene Socken und Strümpfe, wie Kinderstrümpfe in jeder Größe sind wieder neu angekommen, und empfiehlt zu den billigsten Preisen:

S. S. Peiser,
Buttermarkt im Leinwandhause, der Friedrichs-Statue gegenüber.

Zweite Beilage zu № 260 der Breslauer Zeitung.

Mittwoch den 7. November 1849.

Theater-Nachricht.

Mittwoch. 34ste Vorstellung des Abonnements von 70 Vorstellungen. Zum 2ten Male: **„Martin der Findliug."** Dramatisches Gemälde in 5 Abtheilungen und 7 Akten, nach dem Französischen des Eugen Sue frei bearbeitet von Ludwig Meyer.
Donnerstag den 8. Nov. Zum 5ten Male: **„Rosenmüller & Finke"**, oder: **„Abgemacht."** Lustspiel in 5 Aufzügen von Dr. Carl Töpfer.

K. 8. XI. 6. Conf. □ I.

K. 12. XI. 6. R. □ I.

Als Neuvermählte empfehlen sich:
Emanuel Deutsch.
Bertha Deutsch, geb. Olschowsky.
Ratibor, den 1. November 1849.

Entbindungs-Anzeige.

Heute wurde meine Frau, Philippine, geb. Moriz-Eichborn, von einem gesunden Mädchen glücklich entbunden.
Hamburg, den 3. Novbr. 1849.
Max Theodor Hayn.

Entbindungs-Anzeige.

Heute Nacht 1 Uhr wurde meine geliebte Frau Klara, geb. Held, von einem Mädchen glücklich entbunden.
Breslau, den 6. November 1849.
Dr. Herrmann Marbach.

Todes-Anzeige.

(Statt besonderer Melduug.)
Den gestern Abend 7 Uhr erfolgten Tod ihres Söhnchens Armin, in Folge eingetretener Krämpfe zeigen Verwandten und Freunden ergebenst an:
Hugo Frommann.
Emilie Frommann.
Schweidnitz, 5. November 1849.

Todes-Anzeige.

(Verspätet.)
Heute früh 5¼ Uhr verschied nach einem 9tägigen schweren Krankenlager unser theurer, innigstgeliebter Gatte und Vater, Friedrich Ernst Müller, Gastwirth zu Dyhernfurth. Im tiefsten Schmerze widmen wir diese Anzeige unseren Verwandten und Freunden, statt jeder besonderen Meldung, um stille Theilnahme bittend.
Dyhernfurth, den 4. November 1849.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Im noch nicht vollendeten 33sten Lebensjahre starb heute in seinem elterlichen Hause allhier mein theurer, heißgeliebter Gatte, der großherzogl. oldenburgsche Ministerial-Secretair und Vorstand der Kabinets-Kanzlei, Robert von Steun, nach 5monatlichen Leiden an einem Herz- und Lungenübel. — Meine theuern Verwandten und Freunde in Schlesien versagen mir gewiß in diesem meinem tiefen Schmerz ihre aufrichtige Theilnahme nicht.
Ansbach, am 30. Oktober 1849.
Marie v. Steun, geb. v. Podscharly.

Ressource zur Geselligkeit.

Mittwoch den 7. Nov., Abends 6 Uhr:
General-Versammlung. Ballotage.
Sonnabend den 10. Nov., Abends Uhr:
Konzert.

Concert-Anzeige.

Den geehrten Subscribenten meiner Soirée zeige ich ergebenst an, dass dieselbe Sonnabend den 10. Novbr. im Saale der Humanität bestimmt stattfindet.
G. Friebe.

Der in der Zeitung vom 23. Oktober als verloren angezeigte Staats-Schuld-Schein G. 24,187 von 50 Rtl. hat sich wieder vorgefunden.

Ich wohne jetzt **Herrenstr. Nr. 28.**
Dr. **Mattersdorf.**

Wiener Elysium.

Mittwoch und Donnerstag Concert.
Entree à Person 2½ Sgr.

Ein solider **Geschäftsmann** in einer lebhaften Kreisstadt Schlesiens, wünscht gegen jede Garantie die Uebernahme von Commissions-Artikeln, welche zu seinem Geschäft passen, z. B. kurze und lackirte Waaren, Goldleisten 2c. 2c., überhaupt solche, welche reinlich sind und wenig Platz bedürfen. Nähere Auskunft auf mündliche oder portofreie Anfragen wird die Güte haben mitzutheilen Herr Kaufmann Krambs, Ring Nr. 38 in Breslau.

Strauchholz-Verkauf.

Auf dem Kämmerei-Gute Ransern sollen
am 14. November d. J.,
Vormittags 9 Uhr,
verschiedene Strauchhölzer auf dem Stamme meistbietend verkauft werden.
Breslau, den 2. November 1849.
Die städtische
Forst- und Oekonomie-Deputation.

Im Verlage von August Hirschwald in Berlin erscheint und nimmt **A. Gosohorsky's** Buchhandlung **(L. F. Maske)** in **Breslau** Bestellungen an:

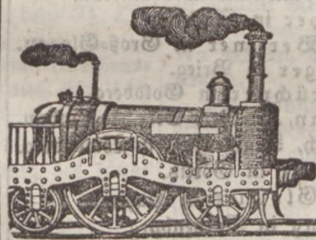
Preussischer Medicinal-Kalender

für das Jahr **1850**.

Mit Genehmigung und Unterstützung des hohen Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.
Erster Jahrgang.

Prospecte sind in allen Buchhandlungen zu haben.

Ostbahn.



Die Lieferung von
214,200 Centner gewalzter Eisenbahnschienen, breitbasiger Form, und
1810 Centner gewalzter Eisenbahnschienen von besonderem Querschnitt, für Wege-Uebergänge,
franco auf den Abladeplätzen, soll im Wege des Submissions-Verfahrens öffentlich ausgegeben werden.

Das nachstehende Tableau enthält die 11 Loose, in welche die Lieferung getheilt ist, die für jeden Ablieferungs-Ort bestimmte Anzahl Centner Bahnschienen und die Lieferzeit.

No. der Loose.	Centner Bahnschienen	Von diesen sind abzuliefern Ctnr.	in	Die Ablieferung muß beendet sein	Bemerkungen.
I.	21400	8500	Dragekrug	1. Mai 1850.	Die Ablieferung erfolgt überall franco auf den Abladeplätzen, die an der schiffbaren Drage, Netze oder dem Bromberger Kanal liegen.
		12900	Filehne		
II.	19600	12300	Filehne		
		7300	Radolin		
III.	20400	20400	Radolin		
IV.	22400	4600	Radolin		
		17800	Schneidemühl		
V.	19200	12600	Schneidemühl	15. April 1851.	
		6600	Sophiadamm unweit Miastecko		
VI.	23200	12800	Sophiadamm unweit Miastecko		
		10400	Abladestelle unweit Bialosliwe		
VII.	21600	3800	Abladestelle unweit Bialosliwe		
		15700	Abladestelle unweit Osiek		
		2100	Gromadno-Schleuse		
VIII.	23600	11300	Gromadno-Schleuse		
		12300	Nakel		
IX.	19600	7600	Nakel		
		12000	Abladestelle unw. Gorzyn, 6te Schleuse des Bromberger Kanals	1. Mai 1851.	
X.	23200	11200	6te Schleuse des Bromberger Kanals		
		12000	Baustelle der Eisenbahnbrücke über die Brahe bei Bromberg		

XI. 570 Schienen von verschiedener Länge, oder 1810 Centner Schienen für Wege-Uebergänge nach besonderer Konstruction, und zwar:

Stück		nach	Termin
24	Stück nach	Dragekrug	am 1. Mai 1850.
88	" "	Filehne	
102	" "	Radolin	
46	" "	Schneidemühl	
16	" "	Schneidemühl	am 15. April 1851.
71	" "	Sophiendamm bei Miastecko	
39	" "	Bialosliwe	
40	" "	Osiek	
27	" "	Samostrzel	
57	" "	Nakel	am 1. Mai 1851.
21	" "	Gorzin	
39	" "	6. Schleuse des Bromberger Kanals	

Die Submissionen sind für ein oder mehrere der vorbezeichneten Loose, der Preis pro Centner incl. Transport bis auf den Abladeplatz bezeichnet abzugeben, und portofrei unter der Bezeichnung
„Submission auf Lieferung von Schienen für die Ostbahn"
bis zum Submissions-Termine
Freitag den 30. November d. J., Mittags 12 Uhr,
an die unterzeichnete Kommission hierher nach Bromberg einzusenden, woselbst dieselben in Gegenwart der etwa sich meldenden Submittenten um die beregte Zeit veröffentlicht werden sollen. — Die Ertheilung oder Ablehnung des Zuschlages erfolgt Seitens der königl. Kommission für die Ostbahn in spätestens 4 Wochen nach dem Submissions-Termine, bis wohin Submittenten an ihre Gebote gebunden bleiben. — Die Lieferungs-Bedingungen, denen die Profile der Schienen und ein Uebersichtsplan der Ablieferungsorte beigefügt ist, werden auf portofreie Gesuche von hier aus mitgetheilt.
Bromberg, den 31. Oktober 1849.
Königliche Kommission für die Ostbahn.

Wir empfingen einen bedeutenden Transport der in gegenwärtiger Frankfurt a. O. Messe persönlich eingekauften Waaren und empfehlen vorzugsweise ein sehr großes neues Assortiment in karrirten **Napolitaines,** die wir durch vortheilhaften Einkauf zu den billigsten Preisen verkaufen.

Wohl und Cohnstädt,

Nikolaistraße (Ring-Ecke) **im zweiten Gewölbe,** dicht neben der Tuchhandlung der Herren Stern und Weigert.

Magenelixir, d. Qrt. 15 Sgr. Diesen sorgfältig bereiteten und angenehm bitterschmeckenden Liqueur empfehle ich als ein unfehlbares Mittel gegen Hypochondrie.
S. Troplowitz,
Rum-, Sprit- u. Liqueur-Fabr., Neumarkt 6.

Nicht zu übersehen.

Wer den Aufenthalt des **Konstantin Langner** aus **Breslau,** gebürtig aus **Jauer,** ganz genau anzugeben im Stande ist, erhält eine Belohnung von 5 Rtl. Friedrichsstraße 212 in Berlin.

Holz-Verkauf von Schiffbau-Eichen.

In den königlichen Forstrevieren Peisterwitz, Nimkau und Schöneiche sind eine bedeutende Quantität starker, zu Schiffbauholz geeigneter Eichen, im Ganzen circa 7 bis 800 Stück, ausgezeichnet, welche zum öffentlichen Verkauf auf dem Stamme bestimmt sind.
Der Ausgebots-Termin wird
1) für das Revier Peisterwitz (für die dortigen 500 Stück Eichen), Kr. Ohlau, am 19. Nov., Morgens 10 Uhr, in Peisterwitz durch unseren Kommissarius, Regierungs- und Forst-Assessor Pfeil;
2) für das Revier Nimkau, Kr. Neumarkt, am 21. Nov., Morgens 10 Uhr, in Leubus,
und
3) für das Revier Schöneiche, Kr. Wohlau, am 23. Nov., Morgens 10 Uhr, in Schöneiche
durch unsern Kommissarius, Forstmeister Wagner
abgehalten werden.
Kauflustige, welche die Eichen vorher in Augenschein zu nehmen beabsichtigen, wollen sich ad 1 bei dem königl. Oberförster Krüger in Peisterwitz, ad 2 bei dem Oberförster Schönn in Nimkau (Eisenbahn-Station), ad 3 bei dem königl. Oberförster Wagner in Schöneiche bei Wohlau melden, bei welchen auch die speziellen Verkaufs-Bedingungen einzusehen sind.
Ein Drittel des Kaufpreises ist in dem Termin sofort mindestens zu berichtigen.
Breslau, den 1. November 1849.
Königliche Regierung.
Abtheilung für Domainen, Forsten und direkte Steuern.

Holz-Verkauf.

Die in den Etatsschlägen der Oberförstereien des hiesigen Regierungs-Bezirks für das Jahr 1850 disponiblen Eichen-, Kiefern- und Fichten-Bau- und Nutzhölzer sollen nach den verschiedenen Kubikinhaltstärken von 20 zu 20 Kubikfuß aufwärts, auf dem Stamme mit der Maaßgabe in einer öffentlichen Licitation ausgeboten werden, daß der Kubikinhalt nach der erfolgten Abstämmung und Zurichtung der Stämme ermittelt und berechnet, und im Termine mit dem Taxpreise für den Kubikfuß begonnen, das etwaige Mehrgebot aber nicht pro Kubikfuß, sondern im Pauschquantum für das ganze Loos abgegeben wird.
Zum öffentlichen Verkauf dieser Bauhölzer stehen nun Termine an:
am 26. November d. J., um 10 Uhr Morgens, im Sessionszimmer der unterzeichneten Regierung vor dem Herrn Forstmeister Bräuner für die Oberförstereien Proskau, Grudschütz, Dembio, Kraschеow;
am 27. November d. J., um 10 Uhr Morgens, in Kupp im Gasthofe vor dem Herrn Forstmeister Liebeneiner für die Oberförstereien Poppelau, Kupp, Dambrowka, Budkowitz und Bodland.
Der Zuschlag wird bei annehmbaren Geboten im Termine selbst ertheilt, und hat jeder Käufer den vierten Theil des Kaufpreises im Termine als Angeld zu deponiren.
Die speziellen Nachweisungen von den zum Verkauf kommenden Bauhölzern können sowohl in unserer Forst-Registratur, als auch in den Oberförstereien selbst eingesehen werden.
Oppeln, den 3. November 1849.
Königliche Regierung.
Abtheilung für die Verwaltung der direkten Steuern, Domainen und Forsten.

Oeffentliche Vorladung.

Ueber den Nachlaß des Tagearbeiters Johann Haase ist der erbschaftliche Liquidations-Prozeß eröffnet und ein Termin zur Anmeldung und Nachweisung der Ansprüche aller unbekannten Gläubiger
auf den 5. Februar 1850,
Vormittags 11 Uhr,
vor dem Hrn. Stadtgerichts-Rath Schmidt in unserm Parteien-Zimmer anberaumt worden. Wer sich in diesem Termine nicht meldet, wird aller seiner Vorrechte verlustig erklärt und mit seinen Forderungen nur an Dasjenige, was nach Befriedigung der sich meldenden Gläubiger von der Masse noch übrig bleiben sollte, verwiesen werden.
Breslau, den 29. September 1849.
Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Bock-Verkauf.

In der schwerwolligen Stammschäferei zu Culm, ½ Stunde vom Sommerfelder Bahnhofe in Niederlausitz, stehen auch dies Jahr wieder eine bedeutende Anzahl ungemein wollreicher Zuchtstähre (mit 25 bis 30 Stein Schurgewicht pro Hundert) vom 1. Dezember d. J. ab zu billigen Preisen zum Verkauf.
Dom. Culm bei Sommerfeld,
den 2. Nov. 1849.
v. Wiedebach.

Vorräthig in der Buchhandlung **Graß, Barth u. Comp.** in **Breslau**, Herrenstraße Nr. 20:

Kalender für 1850.

Gubitz, Volkskalender. 12½ Sgr.
Steffens, Volkskalender. 12½ Sgr.
Trewendt, Volkskalender. 12½ Sgr.
Bote. Mit Prämie. 12½ Sgr., 12 Sgr. und 11 Sgr.
Stammgast, Volkskalender. 10 Sgr.
Nieritz, Volkskalender. 10 Sgr.
Volkskalender aus Neuhaldensleben. 8 Sgr.
Kalender für Alt und Jung. 10 Sgr.
Neuer preußischer Kalender. 10 Sgr.
Katholischer Volkskalender. 10 Sgr.
Gentleman. Kalender in der Brieftasche. 6 Sgr.
Humoristisch-sathrischer Volkskalender des Kladderadatsch. Herausgegeben von **Kalisch.**
Hauskalender, diverse. Durchschossen à 6 Sgr., undsch. à 5 Sgr.
Termin- und Geschäftskalender für Juristen, Verwaltungsbeamte, Aerzte, Bauleute, Landwirthe und für jeden Geschäftsmann.
Komptoir-Wandkalender, unaufgezogen und auf Pappe.

Taschenbücher für 1850.

Vergißmeinnicht. — Aurora. — Gedenke Mein. — Das Veilchen. — Iduna. — Historisches Taschenbuch von Raumer. — Gothaisches genealogisches Taschenbuch.

Bei Karl Rümpler in Hannover ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben, in **Breslau** bei **Graß, Barth u. Comp.**, Herrenstr. 20, Aderholz, in Gosohorsky's Buchhandlung ꝛc.:

Emanuel Schall.

Ein historischer Roman.

Schön zu lesen für Jedermann; —
Denn in dem Buche kann man ersehen,
Was in den letzten vierzig Jahren ist geschehen.
Ausgeschmückt mit sehr schönen Gravüren,
Die man hat thun in Holzschnitt ausführen.

Die Verse, die Bilder und das Register
sind von
Faustinus Lux,
der Weltweisheit Magister.

gr. 8. Mit 63 ausgezeichneten Holzschnitt-Illustrationen auf satinirtem Velinpapier. Eleg. broch. 1 Rthlr.

Edictal-Citation.

Am 20. September 1849 ist zu Ruhland die Wittwe Blembel, Anna Katharina geb. Jurisch, verstorben. Die unbekannten Erben derselben oder deren Erben werden aufgefordert, sich binnen 9 Monaten, spätestens in dem

am 28. Dezember d. J.,
Vormittags 10 Uhr,

an hiesiger Gerichtsstelle anberaumten Termine schriftlich oder persönlich zu melden, ihr Erbrecht nachzuweisen, widrigenfalls sie mit ihren Ansprüchen werden präkludirt und der Nachlaß als herrenloses Gut dem Fiskus zugesprochen werden wird.

Calau, den 16. April 1849.
Königliches Kreisgericht. Abtheilung I.

Nothwendiger Verkauf.

Das der verehelichten Oekonom Grüttner, Karoline Friedrike, gebornen Krebs, gehörige Bauergut Nr. 12 zu Girlachsdorf, Antheil Nitschke, gerichtlich abgeschätzt auf 7456 Rthlr. 13 Sgr. 4 Pf., soll

am 10. Mai 1850, Vormittags 11 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle nothwendig subhastirt werden.

Taxe und Hypothekenschein können in der Registratur eingesehen werden.

Reichenbach i. Schl., den 11. Oktober 1849.
Königliches Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

Das hierselbst auf dem Ringe sub Nr. 40 des Hypothekenbuchs gelegene, dem Rudolph Müller gehörige, auf 5841 Thlr. 14 Sgr. 9 Pf. gerichtlich abgeschätzte, brau- und holzberechtigte Gasthaus, soll im Wege der nothwendigen Subhastation zum

7. Mai 1850, Vorm. von 9 Uhr

ab, im Geschäftslokal der unterzeichneten Gerichts-Kommission verkauft werden. Die Taxe und der Hypothekenschein liegen in unserem Büreau zur Einsicht bereit.

Ziegenhals, den 11. Oktober 1849.
Königl. Kreis-Gerichts-Kommission.
Richter.

Makulatur-Auktion.

Freitag den 9. d. M. Nachmitt. 2 Uhr sollen in Nr. 15 Ritterplatz (Appellat.-Gerichts-Gebäude)

200½ Ctr. kassirte Akten zum Verkauf,
19 Ctr. Akten-Deckel und
28¼ Ctr. kassirte Akten zum Einstampfen,

gegen sofortige Zahlung versteigert werden, wobei bemerkt wird, daß der Ankauf der zum Einstampfen bestimmten Akten nur den Papier-Fabrikanten verstattet ist.

Breslau, den 2. November 1849.
Hertel, Kommissionsrath.

Ein gewandter freundlicher Knabe gebildeter Eltern von auswärts sucht als **Handlungs-Lehrling** eine Stelle.
E. Berger, Bischofsstraße Nr. 7.

Klein gespaltenes Brennholz
von Buchen, Birken, Erlen und Kiefern wird wieder auf Bestellung zu sehr billigem Preise bei gutem Maaße, gesund und trocken in verschlossenen Kastenwagen geliefert von
August Lampe,
Oderstraße 10.

Auktion. Am 9. d. M., Vorm. 9 und Nachm. 2 Uhr, sollen in Nr. 3 am Tauenzienplatze zuerst die Bestände des nach Paris zurückkehrenden Sattler- und Riemer-Meister Junghansz jun., bestehend in: Geschirren, Reitzeugen, Kandaren, Trensen, Steigbügeln, Schnallen, Ledertaschen, Koffern, demnächst das sämmtliche Werkzeug und endlich das Mobiliar, wobei ein Waarenschrank und ein Aushängeschild, versteigert werden.
Mannig, Aukt.-Komm.

Auktions-Anzeige.

Dienstag den 4. Dezember d. und folgende Tage, von 9 Uhr Vormittags ab, sollen in dem Hause Nr. 110 am Kornmarkte, die Nachlaßsachen des verstorbenen Bataillons-Arztes Meißner, bestehend in werthvollen Juwelen, Kleinodien, Uhren und anderen kostbaren Sachen, Gold- und Silbergeschirr, Porzellan, Gläsern, Zinn, Kupfer, Messing, Blech und Eisenwaaren, Leinenzeug, Betten, Möbeln, Hausgeräthen, Kleidungsstücken, Gemälden, chirurgischen Instrumenten u. Büchern, gegen gleich baare Zahlung versteigert werden.

Die Auktion beginnt mit dem Verkauf der Bücher und chir. Instrumente, Mittwoch den 5. Dezember mit den Juwelen, Gold- und Silbergeschirr, hierauf die übrigen Gegenstände.

Löwenberg, den 3. November 1849.
Schittler, Kreis-Ger.-Aukt.-Komm.

Kaffee-Gesellschaften ꝛc.

finden täglich in dem freundlichen Glassaale des **Elisen-Bades** Aufnahme, und das rühmlichst bekannte **Quintett-Konzert** findet jeden Donnerstag statt.

Die **Restauration im hiesigen Kursaale** soll vom 1. Januar 1850 ab auf drei oder mehr Jahre, unter Bedingungen, welche in unserem Geschäftslokal in den Amtsstunden täglich eingesehen werden können, an einen wohl qualificirten Restaurateur, welcher im Stande ist, eine dem Werthe des im Salon befindlichen kostbaren Inventarii angemessene Caution zu legen, überlassen werden. Restaurateurs, welche hierauf reflectiren wollen, werden ersucht, die Räumlichkeiten des hiesigen Bade-Salons hier in Augenschein zu nehmen, erwähnte Bedingungen einzusehen und zugleich das Pachtgebot, welches sie offeriren wollen, anzuzeigen. Landeck, den 31. Oktober 1849.
Der Magistrat.

In Zucker gekochten **Himbeersaft** empfiehlt billigst:
S. Troplowitz,
Rum-, Sprit- und Liqueur-Fabrikant,
Neumarkt Nr. 6, im Adler.

Karpfen-Samen.

Das Dominium Schollendorf, Poln. Wartenberger Kreises, hat circa 200 Schock schönen Karpfen-Samen zu verkaufen.

---

2 oder auch 3000 Rthlr.
sind von einer pupillarischen Hypothek mit Priorität, jedoch ohne allen Verlust, abzucediren: Tauenzienstr. 70, 2 Tr.

Janus,

Lebens- und Pensions-Versicherungs-Gesellschaft in Hamburg.

Neue Anmeldungen seit 1. Jan. d. J. . . . . . **1,749,500** Mark Banko.
Abgeschlossene Versicherungen in diesem Jahre . . **1,327,000** Mark Banko.

Die Gesellschaft übernimmt alle Arten von **Lebens- und Pensions-Versicherungen** unter den billigsten Bedingungen. — Bei **Wittwen-Pensionen** gewährt sie z. B. den Vortheil, daß die Pension auch dann fortgezahlt wird, wenn die Wittwe sich wieder verheirathen sollte. Um einer Frau eine Wittwen-Pension von jährlich **100 Thaler** zu versichern, sind jährlich zu entrichten:

wenn der Mann 25 Jahre und die Frau 20 Jahr alt = 26 Thlr. 2½ Sgr.,
ist der Mann 30 Jahre und die Frau 25 Jahre alt = 28 Thlr. 10 Sgr. ꝛc.

Die Beiträge können in **monatlichen** Terminen bezahlt werden. Näheres ist aus den Statuten und Prospekten zu ersehen, welche unentgeltlich zu haben sind bei:

Lübbert & Sohn, Junkernstraße Nr. 2. **B. Boas**, Büttnerstr. Nr. 3, **A. Geisler**, Schuhbr. Nr. 57, } in **Breslau.**

Louis Kreißler in **Liegnitz.**

W. A. Ackermann in Namslau.
A. E. Bayer in Sprottau.
Sigism. Berliner in Groß-Glogau.
H. Blanzger in Brieg.
Heinr. Brüchner in Goldberg.
Buschmann, Kr.-Ger.-Sekr., in Lauban.
Dreyschuch, Registrator, in Löwenberg.
E. B. Gerste in Görlitz.
Theodor Glogner in Haynau.
C. Henning in Rothenburg.
J. Hoeniger in Rybnick.
J. Hoffmann, Kommissionär, in Glatz.
E. Junghans sen. in Schweidnitz.
Kuchler, Kämmerer, in Nimptsch.
E. Lubowski in Gleiwitz.
G. Matthées in Grünberg.
J. Pappenheim in Tarnowitz.
Pfeffer, Senator, in Guhrau.
R. W. Pflücker in Waldenburg.
H. Raymond in Lüben.
L. Raymond in Seidenberg.
L. Sachs jun. in Guttentag.
J. L. Schmäk in Bolkenhain.
L. Simmel in Neumarkt.
A. Tschirch in Jauer.
Ferd. Warmuth in Steinau a. O.
Weber, Schornsteinfegmstr., in Strehlen.
C. Weinmann in Hirschberg.
Fr. Wm. Weiß in Reichenbach.

Hamburg, den 10. Oktober 1849.
Die Direktion.

Holsteiner Austern und Hummern bei Lange u. Comp.

In der Brauerei zu Oyas bei Liegnitz sind **7 Ztr. Hopfen** von erprobter Güte noch abzulassen.

Große geräucherte
ächt pommersche

Gänsebrüste

empfing gestern die erste Sendung und empfiehlt:
C. J. Bourgarde,
Schuhbrücke Nr. 8, goldne Waage.

Ein sehr schöner Mahagoni-Flügel von vorzüglichem kräftigen Tone, ist zu verkaufen. Nachweis: Riemerzeile Nr. 17.

Wegen Mangel an Raum ist ein großer Bettkasten zu 8 Gebett Betten billig zu verkaufen. Das Nähere zu erfragen Katharinenstraße Nr. 11a im Gewölbe; auch ist daselbst der erste Stock zu vermiethen.

Taschenstraße Nr. 20 ist die Hälfte der 3. Etage zu vermiethen. Näheres Parterre links.

Wallstraße Nr. 18 eine Stiege hoch ist ein möblirtes Zimmer zu vermiethen. Das Nähere daselbst zu erfragen.

Für Ostern 1850 ist Nikolaistraße 16 der 2. Stock im Ganzen, auch getheilt, zu vermiethen. Näheres daselbst im Gewölbe.

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hôtel.
Gutsbesitzer Graf v. Carmer aus Panzkau. Gutsbesitzer von Heydebrand aus Nassadel. Kammerherr v. Dallwitz aus Leipe. Oekonom Weiß aus Reichenbach.

3. u. 4. Nov.	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	27″5,19‴	27″4,14‴	27″2,93‴
Thermometer	+ 3,8	+ 1,8	+ 9,2
Windrichtung	S	SO	N
Luftkreis	heiter	Schleiergew.	Schleiergew.

4. u. 5. Nov.	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	27″3,49‴	27″3,28‴	27″2,92‴
Thermometer	+ 6,2	+ 2,9	+ 10,7
Windrichtung	SSW	NNO	SW
Luftkreis	überw.	heiter	Schleierw.

Getreide- Oel- u. Zink-Preise.

Breslau, 6. November.

Sorte:	beste	mittle	geringste
Weizen weißer	58 Sg.	50 Sg.	44 Sg.
„ gelber	53 „	51 „	49 „
Roggen . .	28½ „	27½ „	25 „
Gerste . .	24½ „	22½ „	21 „
Hafer . . .	17½ „	16½ „	15½ „

Rother Kleesaamen . 9 bis 12 Thlr.
Weißer „ . 5½ bis 12½ „
Spiritus 6 Thlr. Gl.
Rohes Rüböl 15 Thlr. Gl.
Zink loco 4 Thlr. 28½ Sgr. bez.
Rapps 112. 109. 107.
Rübsen 95. 93. 91.

Auktionen in Breslau.

Den 7. Novbr. Vormitt. 9 Uhr, Breitestraße Nr. 42: Spiegel, Betten, Wäsche ꝛc.
Den 7. Novbr. Vormitt. 11 Uhr, Junkernstraße Nr. 14: eine Fensterchaise, eine Droschke, ein Paar mit Silber beschlagene Geschirre ꝛc.
Den 8. Novbr. Vormitt. 10 Uhr, Schuhbrücke Nr. 36: neue glasirte Ofenkacheln.

Börsenberichte.

Paris, 3. November. 3% — — 5% 87. 90.

Berlin, 5. November. Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindner 3½% 95¼ à 93¾ bez. Krakau-Oberschlesische 4% 68½ à 67½ bez., Prior. 4% 85½ Br. Friedrich-Wilhelms Nordbahn 55 à 53¾ bez. Niederschlesisch-Märkische 3½% 83¾ Br., Prior. 4% 94 Br., Prior. 5% 102⅜ Br., Ser. III. 5% 100⅞ Br. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% 31 Br., Prior. 5% 88 Gl. Oberschlesische Litt. A. 3½% 106¼ Br., Litt. B. 103½ Br. — Geld- und Fonds-Course: Freiwillige Staats-Anleihe 5% 105¾ bez. und Br. Staats-Schuld-Scheine 3½% 88½ bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine 101½ bez. Posener Pfandbriefe 4% 99⅝ Gl., 3½% 89⅝ Gl. Preußische Bank-Antheile 97 à 96½ bez. Polnische Pfandbriefe alte 4% 96 Gld., neue 4% 95⅜ Br. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. — — à 300 Fl. 110 Gl.

Sämmtliche Effekten bis auf Magdeburger-Wittenberger, die für Hamburger Rechnung gekauft, 1½% gestiegen sind, wurden heute offerirt und zum größten Theil niedriger verkauft.

Wien, 5. November. Auf die pariser Nachrichten sind Fonds und Actien wieder etwas zurückgegangen und fanden mehr Geber als Nehmer. Comptanten und Devisen zu etwas besserer Notiz gefragt. 2¼ Uhr. 5% Metal. 94⅛ bis ¼. Nordbahn 107⅜ bis ½. Pesther 75½ bis 76.

Breslau, 6. November. **(Amtlich.)** Geld- und Fonds-Course: Hol-
ländische Rand-Dukaten 96¾ Gl. Kaiserliche Dukaten 96¾ Gl. Friedrichsd'or 113½
Br. Louisd'or 112$\frac{7}{12}$ Br. Polnisches Courant 95⅚ Gld. Oesterreichische Banknoten
95$\frac{5}{12}$ Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 101 Gl. Freiwillige Preußische Anleihe 106½
Br. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rthlr. 3½% 89 Br. Breslauer Stadt-
Obligationen 3½% 96¾ Gl. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% 99¾ Gld., neue
3½% 90 Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rthlr. 3½% 95¼ Br., Litt. B. 4%
99¼ Br., 3½% 93¼ Br. Alte polnische Pfandbriefe — — neue 95½ Br. Polnische
Anleihe 1835 à 500 Fl. 81½ Br. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Frei-
burger 4% 78¾ Br., Priorität 4% — — Oberschlesische Litt. A. 106 Gld., Litt. B
104 Br. Krakau-Oberschlesische 68¾ Gld. Niederschlesisch-Märkische 84½ Br., Pri-
orität 5% 102 Gl. Serie III. 100¾ Gl. Neisse-Brieger 41 Gl. Köln-Minde-
ner 95½ Br., Priorität 102$\frac{11}{12}$ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 54½ Br.

Redakteur: **Nimbs.**

Druck und Verlag von **Graß, Barth und Comp.**